

Politische Berichte ★

Nummer 22 / 16 Jahrgang

3. November 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigt Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260226, 50150 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicherstraße 7, 50674 Köln,
Telefon 0221/211658 Fax: 0221/215373

Hinrichtungswelle in den USA

300 Exekutionen seit der Wiederzulassung vollzogen

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international hat mit scharfen Worten die Hinrichtungswelle in den Vereinigten Staaten von Amerika kritisiert. Die vor einigen Tagen vollzogene 300. Exekution seit Wiederzulassung dieser menschenverachtenden Strafform steht eindeutig im Widerspruch zu den Grundsätzen internationaler Verträge und Normen. (...)

Von Januar bis Ende September 1995 wurden in den USA 43 Menschen mit einer tödlichen Injektion oder auf dem elektrischen Stuhl exekutiert, zuletzt Dennis Stockton am 27. September im US-Bundesstaat Virginia. Seine Hinrichtung – die 300. – nachdem das Oberste Gericht der USA 1976 die entsprechenden Gesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten wieder als verfassungskonform zugelassen hatte – markiert einen neuen Meilenstein in der US-amerikanischen Hinrichtungspraxis, die amnesty international als „äußerst besorgniserregend“ bezeichnete.

Die Todesstrafe kann in 38 von 50 amerikanischen Bundesstaaten verhängt werden. Darüber hinaus sind Todesurteile auf Bundesebene und nach dem Militärstrafrecht möglich. Vor einem Jahr verabschiedete der US-Kongress ein Gesetz, nach dem für mehr als 60 Straftatbestände Todesurteile verhängt werden können.

Derzeit befinden sich mindestens 3.048 zum Tode verurteilte Menschen in US-amerikanischen Todesstrakten, darunter Frauen, zum Zeitpunkt der Tatju-

gendliche Straftäter, sowie psychisch kranke und geistig zurückgebliebene Menschen. (...) Zahlreiche internationale Verträge und Konventionen verbieten die Anwendung der Todesstrafe ausdrücklich für jugendliche Straftäter, unter anderem der Pakt für Bürgerliche und Politische Rechte, die Konvention zum Schutz des Kindes, die Amerikanische Menschenrechtskonvention und die Protokolle I und II der Genfer Konvention von 1949. Seit 1985 wurden in den USA neun zur Tatzeit jugendliche Straftäter hingerichtet. In den Todesstrakten von zwölf US-Bundesstaaten befinden sich mindestens 37 minderjährige Verurteilte. (...) Über 40% aller derzeit zum Tode Verurteilten sind schwarzer Hautfarbe, obwohl Afro-Amerikaner lediglich 12% der gesamten US-Bevölkerung ausmachen. (...)

Das amerikanische Bundesrecht verbietet die Hinrichtung von psychisch Kranken. Allerdings wird der Grad der Schuldhaftigkeit in der Mehrzahl der Bundesstaaten extrem niedrig angesetzt. So lässt in den meisten Einzestaaten der Geisteszustand von Verurteilten deren Hinrichtung zu, wenn diese begreifen können, daß sie ein Verbrechen begangen haben und hingerichtet werden sollen. Nur neun Bundesstaaten verbieten die Verhängung von Todesurteilen, wenn die Angeklagten geistig zurückgeblieben sind. Durch das Fehlen einer umfassenden Begriffsbestimmung von psychischer Krankheit und geistiger Unfähigkeit zur Hinrichtung sind betroffene Menschen nicht vor der

Hinrichtung geschützt. So wurde am 31. August 1995 Barry Fairchild in Arkansas exekutiert, obwohl er über einen Intelligenzquotienten von maximal 63 verfügte. amnesty international geht davon aus, daß mindestens ein Prozent der zum Tode Verurteilten geistig zurückgeblieben sind, und bezeichnet es als höchst fragwürdig, ob diese Gefangenen zu den „moralisch äußerst verwerflichen Personen“ gezählt werden können, für die die Todesstrafe vorgesehen ist.

Die Bereitstellung von kostenlosem und qualifiziertem Rechtsbeistand für mittellose Angeklagte ist eine wichtige Garantie des Rechtes auf ein faires Gerichtsverfahren. In Kapitalprozessen kann die Kompetenz eines Anwalts über Leben und Tod entscheiden. Der US-Kongress entscheidet demnächst über eine Gesetzesänderung, die die Streichung von 20 Millionen US-Dollar vorsieht. Mit diesem Betrag würden bislang bundesweit bestimmte Anwaltsvereinigungen finanziert, die etwa die Hälfte aller Todeskandidaten in der Wahrnehmung ihrer Berufungsmöglichkeiten vertraten. amnesty international befürchtet, daß durch diesen politisch motivierten Schachzug die Zahl der Hinrichtungen erhöht werden soll, und appelliert deshalb an die US-Behörden, sicherzustellen, daß zum Tode Verurteilte eine angemessene Rechtsvertretung von gut ausgebildeten Anwälten erhalten. (...)

ai, Pressemitteilung vom 19. 10., gekürzt (aus: CL-Netz)



Köln, 18. November: Demonstration gegen die Verbote kurdischer Vereinigungen in der BRD

Die geplante bundesweite Demonstration gegen die Verbote kurdischer Vereinigungen (wir berichteten) wird inzwischen (Stand 27. 10.) von über 80 Personen bzw. Organisationen unterstützt, darunter zahlreiche Kurdistan-Solidaritätsgruppen und Deutsch-Kurdische Freundschaftsvereine, Dritte-Welt-Gruppen, ASIEN, Antifa-Gruppen, BUKO, PDS LV NRW, JungdemokratInnen/Junge Linke NRW, die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, Steffen Tippach und Winfried Wolf und die PDS-Bundestagsgruppe, der kurdische Dachverband YEK-KOM, die DKP, SDAJ, JRE, die Bundeskonferenz BWK, der Rote Hilfe Bundesvorstand, die „Kampagne produzieren für das Leben, Rüstungsexporte stoppen“. Ein erstes Gespräch mit der Polizei über die Modalitäten der Demonstration hat stattgefunden.

Plakate, der vollständige Aufruf zur Demonstration und weitere Infos sind zu erhalten bei der Informationsstelle Kurdistan e. V., Maxstr. 50, 53111 Bonn, Tel. und Fax (0228) 656127. – (rül)

„Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen!“

Bundesweite Demonstration in Bonn am 4. November, 11.30 Uhr ab Münsterplatz



Mit einem neuen „Asylbewerberleistungsgesetz“ und weiterer Reduzierung der Arbeitslosenhilfe will das Bundeskabinett noch bis Jahresende die Zahlungen an die Ärmsten in dieser Gesellschaft weiter verringern.

Das „Asylbewerberleistungsgesetz“ enthält u. a. folgende Regelungen:

○ Lebensmittelpakete, Sammellager und Einschränkung der medizinischen Versorgung für 400.000 Flüchtlinge;

○ Flüchtlinge, deren Asylantrag noch läuft, sollen unbefristet, Ausländer, die nur mit „Duldung“ in der BRD leben, zwei Jahre lang weniger Leistungen erhalten, als selbst das Sozialhilfegesetz als unterstes Existenzminimum vorschreibt;

○ Bürgerkriegsflüchtlinge sollen bei Eintreffen in die BRD erkundungsdienstlich behandelt werden.

CSU-Minister Seehofer beziffert die geplanten „Einsparungen“ durch das Gesetz auf 900 Mio. DM im Jahr, 256.000 Personen seien davon betroffen. Umgekehrt bedeutet das: Kürzungen von jährlich über 3.500 DM pro Person!

Die geplanten Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe (u. a. Senkung des Bemessungsentgelts um 5% pro Jahr) treffen, so die PDS-Abgeordnete Heidi Knaake-Werner, „Arbeitslose, deren monatliche Leistungen zu 75% (Männer) bzw. zu 93% (Frauen) unter 1.200 DM liegen“.

Schon jetzt zeichnet sich ab, daß es bei diesen Angriffen nicht bleiben wird. Bundesweit haben die Finanzminister der Länder Haushaltssperren verfügt, weil die Steuereinnahmen durch die schwache Konjunktur weit hinter den

Planungen bleiben. Bei den Kommunen sieht es noch schlimmer aus.

Am kommenden Samstag soll gegen diese Pläne in Bonn eine bundesweite Demonstration stattfinden. „Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen“ ist die gemeinsame Parole, unter der Sozialhilfeinitiativen, Erwerbslosengruppen, Arbeitslosenverband, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften gemeinsam aufrufen.

Auch der DGB NRW, Niedersachsen und Thüringen, Vorstandsmitglieder von IG Metall und ÖTV, GEW und HBV rufen zu der Aktion auf.

„Wir nehmen es nicht mehr hin, daß die Sozialhilfe gekürzt wird! Wir nehmen es nicht mehr hin, daß die Arbeitslosenhilfe gekürzt wird! Wie nehmen es nicht mehr hin, daß bei Flüchtlingen gekürzt wird!“ sind einige ihrer Parolen.

Mehrere tausend Teilnehmer werden erwartet. – (rül)

Derzeit ist - z. B. beim „Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994“ eine konservative Hegemonie in der Strafrechts- und Kriminalpolitik festzustellen: Möglichkeiten zur Konfliktlösung werden nicht im sozialstaatlichen Bereich gesucht, sondern im Strafrecht, im Konzept der Strafverschärfung und der weiteren Einschränkung von BürgerInnenrechten gefunden. Subjektive Kriminalitätsbefürchtungen in breiten Bevölkerungsschichten (auch in der PDS-WählerInnenbasis) werden dazu benutzt, dieses konservative Programm der sog. „Inneren Sicherheit“ und seine Gewährleistung durch Polizei und Verfassungsschutz zu rechtfertigen. So soll die Einführung stetig neuer Strafrechts- bzw. strafprozessualer Verschärfungen ermöglicht werden. Liberale, demokratische Kritik an diesen Maßnahmen hat - ungeteilt ihrer sachlichen Berechtigung - kaum eine Chance: weder bei den zuständigen PolitikerInnen noch in großen Teilen der Bevölkerung.

Das von den beiden PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer und Ulla Jelpke angeschobene Projekt „Demokratisierung der Strafrechts- und Kriminalpolitik“ ist als Kontrapunkt zu der Politik der Bundesregierung zu sehen. Vorhandene Ansätze und Projekte aus der Wissenschaft, parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik sollen zu einer demokratischen Alternative weiterentwickelt und verdichtet werden. Dabei geht es auch um die Prüfung der Übertragbarkeit von Erfahrungen aus der DDR (z. B. mit den Schiedskommissionen oder hinsichtlich der sozialpolitischen Profilierung von Kriminalpolitik.)

Wir gehen bei diesem Projekt von der These aus, daß Kriminalität vornehmlich ein soziales Phänomen ist. Sie steht im engen Zusammenhang mit sozialen und politischen Defiziten dieser Gesellschaft. Diese Defizite sehen wir in der

sich ausbreitenden Armut, in wirtschaftlicher Unterentwicklung, dem neoliberalen Zurückdrängen des Sozialstaatsprinzips und fehlender Demokratie in der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft und dem Finanzkapital.

Wir wollen mit unserem Projekt für eine linke, alternative Kriminalpolitik auf diese unterschiedlichen Ursachen von Kriminalität hinweisen und entsprechend differenziert, soziale und politische Lösungswege im Bereich der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Bildungs- und Jugendpolitik anbieten.

Wir haben vor, im Bereich des materiellen Strafrechts, des Strafprozeß- und des Haftrechts Gesetzesentwürfe bzw. Entschließungsanträge in den Bundestag einzubringen:

○ Entkriminalisierung von Bagatellde-

benslange Freiheitsstrafe, Abschaffung der Isolationshaft)

Zu einigen dieser Punkte hat die PDS-Bundestagsgruppe bereits parlamentarische Initiativen gestartet.

So haben wir einen Antrag auf tarifliche Entlohnung und Absicherung von Strafgefangenen durch die Sozialversicherung eingereicht.

Zudem haben wir die Abschaffung der sog. „Sicherungsverwahrung“ beantragt. Diese aus dem deutschen Faschismus stammende Möglichkeit zur Maßregelung von Strafgefangenen kann für rückfällig gewordene und „nicht resozialisierbare“ Häftlinge eine unbestimmte zusätzliche Verlängerung ihrer Strafhaft (bis zu zehn Jahren) bedeuten.

Daneben habe wir noch die Abschaf-

fung und die damit verbundene Gefahr, aus sozialen Strukturen zu fallen bzw. in die Beschaffungskriminalität abzurutschen).

Die Debatte um die Entkriminalisierung und Demokratisierung des Strafrechts ist nicht neu. Parteien wie die SPD und die Grünen, aber auch Verbände wie die „Humanistische Union“ das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ oder auch die Vereinigung der RichterInnen und StaatsanwältInnen in der ÖTV haben hierzu Vorschläge gemacht.

Die SPD macht sich allerdings selber vollkommen unglaublich, wenn sie in vergleichsweise randständigen Bereichen wie Bagatelldelikten oder dem Täter-Opfer-Ausgleich Initiativen ankündigt, gleichzeitig aber den maßgeblichen Repressionsvorhaben der Bundesregierung im Bereich der sog. „Organisierten Kriminalität“ zustimmt.

Die Bündnisgrünen haben ebenfalls eine Reihe von Einzelprojekten angekündigt. Leider ist jedoch festzustellen, daß sie - ohne Not - hinsichtlich der Abschiebehalt und Sicherungsverwah-

nung nicht deren Abschaffung, sondern nur eine Humanisierung dieser unmenschlichen Haftformen planen.

Wir streben mit unserem Projekt an, mit diesen politischen Kräften in einen Dialog einzutreten, denn auf viele der bereits unterbreiteten Vorschläge können auch wir uns positiv beziehen. Hierzu werden wir im Frühjahr 1996 einen Kongreß in Berlin veranstalten, auf dem wir mit WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, RechtsanwältInnen und der interessierten Öffentlichkeit unsere Projekte und die Konzeption zur Durchbrechung der konservativen Hegemonie im Bereich des Strafrechts und der Kriminalpolitik beraten.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe. Mark Holzberger ist Mitarbeiter von Ulla Jelpke.

Wider die konservative Hegemonie

Überlegungen und Vorschläge der PDS-Bundestagsgruppe zur Demokratisierung der Strafrechts- und Kriminalpolitik

Von Ulla Jelpke und Mark Holzberger

- likten (z. B. Schwarzfahren)
- Entkriminalisierung des Drogenstrafrechts
- Stärkung von Verteidigungs- und Beschuldigtenrechten
- Änderung des Strafsystems (d. h. Alternativen zur Ahndung von Handlungen außerhalb des Strafrechts)
- Reformierung des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs
- Abschaffung von Bestimmungen des politischen Strafrechts (vom § 129a bis zum Vermummungsverbot auf Demonstrationen)
- Abschaffung des Ausländerstrafrechts (z. B. des Verbots der politischen Betätigung)
- Abschaffung von Überwachungs- und Observationsmethoden
- Abschaffung bzw. Reformierung bestimmter Formen des Haftrechts (Le-

fung der sog. „Bannmeilenregelung“ gefordert, die es unmöglich macht, in der Nähe des Deutschen Bundestages zu demonstrieren. Gegen eine Reihe von PDS-Bundestagsabgeordneten ist vor kurzem wegen der Verletzung der Bannmeile (Kollektives Tragen von antimilitaristischen T-Shirts auf dem Weg zur Bosnien-Debatte ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Schließlich haben wir einen Antrag auf Legalisierung des Anbaus, Vertriebs und Konsums von Cannabis-Produkten gestellt. Gleichfalls fordert die PDS-Bundestagsgruppe die ärztlich kontrollierte Abgabe von sog. „harten Drogen“, wenn einer Abhängigen oder einem Abhängigen eine schwerwiegende Verschlechterung ihrer bzw. seiner sozialen Situation droht (z. B. der Verlust des Arbeitsplatzes oder der Arbeitsfähigkeit

AKTUELL IN BONN

Im Einzelhandel Arbeit bis 20 Uhr?

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt und Teile der CDU wollen den Ladenschluß weiter aushöhlen. Rexrodt verkündete schon, künftig dürfe im Einzelhandel von morgens sechs Uhr bis abends 20 Uhr geöffnet bleiben, an Samstagen bis 18 Uhr. Weitere „Lockerrungen“ sollten den Ländern und Kommunen freigestellt werden. Inzwischen haben Teile der CSU und der Sozialausschüsse Widerspruch angemeldet. Die HBV ist zu Recht weiter vehement dagegen, daß die Arbeitszeiten so weit in den frühesten Morgen und den späten Abend ausgedehnt werden. Wie z.B. VerkäuferInnen ihre Kinder morgens um 5 Uhr in den Kindergarten bringen oder sie abends um 21 Uhr wieder abholen sollen (je nach Schicht) schert die Regierungsparteien, zumal die FDP, offenbar nur noch ganz am Rande.

Contra Erbschafts- und Vermögenssteuer

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten „Einheitswertbesteuerung“ von Grund und Boden wird von den Kapitalisten immer stärker zum direkten Angriff auf die Erbschafts- und Vermögenssteuern genutzt. Nachdem Graf Lambsdorff bereits unmittelbar nach dem Urteil den

dort entwickelten Grundsatz, mehr als 50% der Einkünfte dürften nicht besteuert werden, aufgegriffen und die Abschaffung der Vermögens- und Erbschaftssteuer verlangt hatte, hat sich jetzt der DIHT dieser Forderung angeschlossen. Zumal die großen mehrerer Millionen DM umfassenden großen Erbschaften würden derzeit mit Steuersätzen über 50% belastet. Die enormen Freibeträge und sonstigen Steuervermeidungsklauseln gerade bei diesen lächerlich geringen Steuern verschweigt der DIHT dabei geflissentlich.

Milliarden für die Weltraumrüstung

Während nun bald alle Länderfinanzminister Haushaltssperren verkünden, weil die Steuereinnahmen erheblich niedriger sind als erwartet, verteilt „Zukunftsminister“ Rüttgers weiter Milliarden an die Konzerne. Auf der Tagung des Ministerrats der „Europäischen Weltraumagentur“ ESA in Toulouse billigte er u. a. 5,4 Milliarden DM bis zum Jahr 2004 als EU-Anteil an einer mobilen Weltraumstation sowie weitere 4 Mrd. DM Subventionen für das Ariane-Raketenprogramm. Beide Programme laufen zusätzlich zu den ohnehin beschlossenen Weltraum-Spionagesatelliten „Helios II“ und „Horus“ (wir berichteten). Milliarden für die Weltraumforschung, vor allem aber die Weltraumrüstung,

die fast komplett an Daimler-Benz bzw. die DASA zurückfließen.

1996 höhere Sozialbeiträge

Die Beiträge zur Sozialversicherung werden im nächsten Jahr erneut drastisch steigen. Bisher steht fest: Der Rentenversicherungsbeitrag steigt ab 1. 1. 96 von 18,5 auf 19,2%, die Krankenversicherungsbeiträge von durchschnittlich 13,2 auf 13,7% ab 1. 7. 96 steigt die Pflegeversicherung von 1 auf 1,7 Prozent. Die Kapitalisten verstärken deshalb über die FDP ihren Druck, die Arbeitgeberbeiträge einzufrieren oder womöglich ebenfalls den Beschäftigten aufzuladen. Der „Verband der Kriegsopfer“ (VDK), der weitere soziale Kürzungen fürchtet, weist dagegen darauf hin, ca. 100 Mrd. DM Ausgaben der Kassen seien eigentlich staatliche Ausgaben, die durch Steuern finanziert werden müssten. Geschähe dies, so könnten die Beiträge zu den Sozialversicherungen um ca. 7% sinken, so der VDK.

Blüm bei Arbeitslosenhilfe noch rabiater

Bundesarbeitsminister Blüm läßt Gesetzentwürfe ausarbeiten, die eine noch schnellere Senkung der Arbeitslosenhilfe erzwingen sollen. Blüms angeblich gesetzliche Maßnahmenforderndes

„Problem“: Ein Ingenieur mit hohen Einkommen müsse nicht „ein Leben lang“ hohe Arbeitslosenhilfe beziehen, verbreitet der Minister landauf landab. Deshalb soll die bisher schon alle drei Jahre stattfindende Neueinstufung (sprich: Senkung) der Arbeitslosenhilfe entsprechend der „Vermittelbarkeit“ des Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt künftig jährlich stattfinden. Wenn der Ingenieur nicht mehr als Ingenieur „vermittelbar“ wird, bezieht er dann sowieso schon jetzt weniger Arbeitslosenhilfe. Diesen sozialen Absturz will der Minister beschleunigen - auch wenn ihm die Grünen bereits nachgewiesen haben, daß sein „Problem-Ingenieur“ reine Fiktion ist, in der Wirklichkeit dieses „Sozialstaates“ gar nicht besteht.

Was kommt demnächst?

Noch im November will die Bundesregierung ihre Pläne zur „Lockung“ des Ladenschlusses in Gesetzesform vorlegen. Vom 14. bis 17. 11. ist der SPD Parteitag in Mannheim. Am 30.11. und 1.12. beraten die Kultusminister u. a. über die von den Ministerpräsidenten jetzt verschobene Reform der Rechtsschreibung. Am 14. 12. entscheidet das Europaparlament über die Zollunion mit der Türkei. Im Januar 1996 wollen die Ministerpräsidenten über neue Maßnahmen wegen der Haushaltsdefizite in den Ländern beraten.

Kriegspropaganda PDS scheint beeindruckt

Demnächst muß eine weitere Stufe der Militärintervention ins ehemalige Jugoslawien durch den Bundestag. Auf Initiative der USA, die auch den Löwenanteil des Truppenkontingentes (Größenordnung 50.000) stellen wollen, beschloß die Nato, in Bosnien-Herzegowina als militärische Garantie einzusteigen. Die Nato hat nun die Bundesregierung nach Art und Ausmaß ihrer Beteiligungswünsche angefragt. Kinkel und Rühe haben darauf positiv geantwortet (Dok. 1), das Kabinett verhandelt auf dieser Grundlage noch über den genauen Text des Entsendungsantrages, der durch den Bundestag muß.

Die Kriegspropaganda der Regierung versucht nach wie vor, den Gewaltgedanken (Ordnung schaffen, Dreinschlägen, Schluß mit dem ...) mit dem Hilfegedanken zu verknüpfen (Hungernde sättigen, Kranke pflegen, Frierende kleiden). Die BRD „verstärkt auf 100 Betten“, steht im Text (Dok. 1) und für so schlafig dumm hält die Regierung uns alle.

In Bosnien-Herzegowina leben vielleicht 3,5 Millionen Menschen. Eine Interventionstruppe von 50.000 und mehr bedeutet umfassende Besatzung. Die öffentliche Gewalt ginge auf die Interventionstruppe über, die Folge wäre nicht der Friede, sondern eine Abart des Kriegsrechts. Die Intervention ist darauf angelegt, Gründe für ihre Fortsetzung zu schaffen.

Wie weit hergeholt ist die Ansicht, daß es bei der Nato-Landung ganz wesentlich um eine militärische Schwerpunktbildung gegen die Staaten der GUS, vor allem gegen das heutige Rußland handelt? Ein längeres Zitat aus der „Europäischen Sicherheit“ (Dok. 2) soll zeigen, daß in der militärischen Führungsdiskussion der mit dem Zerfall des realen Sozialismus zunächst eingetretene Feindbildverlust voll überwunden ist. In schamloser Kontinuität spricht hier Christian Millotat, Brigadegeneral, Stabsabteilungsleiter im Führungsstab des Heeres, vom „Gegner aus dem Osten“. Die alte Konzeption hat den Niedergang der Blöcke überlebt. Das Interesse an ungehinderter Ausnutzung der vielfältigen natürlichen, agrarischen, industriellen und menschlichen Ressourcen des östlichen Europa wirkt, ganz gleich welche politische Ordnung sich die Völker in diesem Weltteil geben. Sie sind „freudwillig“, „strategisches Vorfeld“ oder eben „Gegner aus dem Osten“. Millotats umfassend angelegter Aufsatz verdiente eine ausführliche Diskussion, hier ist nur der Hinweis möglich, daß der Raum, den „der militärische Führer“ für die Bildung der „militärstrategischen Gegenkonzentration“ einfordert, durch die Balkanländer unterbrochen wird. Dadurch wird der strategische Stellenwert der Türkischen Republik, die die Südostflanke der Nato bildet, reduziert. Die Landung der Nato im früheren Jugoslawien schafft jedenfalls „Raum für die Gegenkonzentration“. Die Erregung Rußlands über diesen Vorgang und die verzweifelten, beinahe grotesk wirkenden Versuche der russischen Diplomatie, durch Beteiligungsangebote den Charakter der Maßnahme zu ändern, wird vor diesem Hintergrund erklärlich.

Die Nato-Invasion in Bosnien-Herzegowina zeigt die Bereitschaft der führenden Staaten des freien Westens zum Konflikt mit „dem Gegner aus dem Osten“. Eine andere Tatsache ist, daß die durch staatliches Handeln dem Gegner demonstrierte Konfliktbereitschaft in der öffentlichen Meinung der Länder

des Westens bis jetzt noch nicht ausgebaut wurde. Die öffentliche Meinung hinkt der realen Entwicklung nach. Besonders in der BRD können sich Staat und Wirtschaft durch die Kriegsskepsis der öffentlichen Meinung eingeschränkt fühlen. Eine Beteiligung mit 100 Betten angesichts der deutschen Interessen und Möglichkeiten – So kann es nicht bleiben!

Die Rechte hat durch geschickte Verküpfung von Gewaltgedanken und Sozialverantwortung die linke Kritik des neuen Interventionismus des freien Westens weitgehend paralysieren können. Wie bekannt genug hat die Regierungsmehrheit schon für den ersten Entsendungsbeschuß Abgeordnete aus der Opposition ins Regierungslager hinüberziehen können. Die Linke hat auf diesen Verlust unterschiedlich reagiert. In den Dokumenten 3 und 4 flüchten Abgeordnete der SPD und der PDS, vor dem Problem, indem sie vor die Frage der Friedensstiftung durch Gewalt eine lange Reihe von Bedingungen stellen.

In Dokument 3 die verlangt die SPD zeitliche Befristung, Zustimmung aller Parteien, Einbeziehung Rußlands und islamischer Staaten, kein Kampfauftrag an deutsche Einheiten. Diese Bedingungen sind erkennbar bloß zur Aufweichung einer innerparteilichen Aversion gegen Kriegslust aufgebaut. Die Forderung, die „politische Verantwortung bei der Uno“ zu belassen, findet sich mit dem realen Geschehen ab, durch das der Uno jeder Einfluß auf das Kommando entwunden wird. Die Uno wird durch die Nato und bandenmäßige Abmachungen zwischen den Westmächten ersetzt.

Bei der PDS (Dokument 4) werfen die Verfasserinnen und Verfasser aus dem „Arbeitsbereich Außen- und Friedenspolitik der PDS Bundestagsgruppe“ denkfehlerhaft die Frage der Legitimität von Militäreinsätzen unter mehr als zwölf aus dem leeren Raum herbeigewünschten Voraussetzungen auf.

Falls, so lassen sie durchblicken, die Uno so reformiert wäre, daß sie die Zusammensetzung der Weltbevölkerung wiederspiegeln sollte, dann nicht diese neue Uno eigene ständige, einzelstaatlicher Verfügung entzogene Truppen haben und nach einer klaren Feststellung eines Friedensverletzers auch einzusetzen? Es wird wohl nicht genügen, darauf mit dem Spottvers zu antworten: „Käme Herr Jesus, und wäre unser Gast, dann würde er uns segnen, was er uns beschert hätte“.

Beunruhigend ist nämlich, daß in einer Diskussion der PDS unreflektiert und als Leitgedanke der Haupttum des Realsozialismus wieder auftaucht, nämlich die Vorstellung, Emanzipation, Befreiung und Friedensstiftung durch die Gewalt übergeordneter Apparate (hier der Uno, aber das ist austauschbar) zu bewirken. Es ist verständlich, daß der Unterton von bedingter Gewaltbereitschaft in der linken Öffentlichkeit als Versuch interpretiert wird, an ein Arrangement mit dem realen Interventionismus der Westmächte heranzukommen.

Ein Dokument für Kriegslust bei den Grünen haben wir nicht beibringen wollen, es gibt so viele. Interessanter ist, daß aus der grünen Partei verstärkt auch Gegenpositionen zu hören sind. Die PDS kann in eine Bündnispolitik für das in Dokument 5 so bezeichnete Ziel der „Zivilisierung der internationalen Beziehungen“ eintreten. Das militärische Gewaltmonopol der Staaten wird nicht dadurch ein Institut des Friedens, daß man es bis zur Weltspitze treibt.

(maf)

Presseerklärung der Bundesregierung, Bonn, 24.10.95 (Dok. 1)

Bundesminister der Verteidigung Volker Rühe hat gemeinsam mit Außenminister Dr. Klaus Kinkel am 24. Oktober 1995 das Kabinett über die Antwort unterrichtet, die dem NATO-Oberbefehlshaber für EUROPA (SACEUR) auf seine Bitte vom 12. 10.1995 gegeben wird, einen möglichen Beitrag zur militärischen Absicherung der angestrebten Friedensvereinbarung im früheren Jugoslawien aufzuzeigen.

Das Kabinett hat dem Vorschlag der Minister zugestimmt. Zugleich hat das Kabinett die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß der Abschluß einer Friedensvereinbarung als Voraussetzung für die Entsendung einer multinationale Friedenstruppe (Implementation Force IFOR) in naher Zukunft zustande kommen kann.

In der Antwort des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Klaus Naumann, an den SACEUR werden zu Planungszwecken der NATO unten angeführte Kräfte und Mittel genannt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Voraussetzung für eine Entsendung ein entsprechender Beschuß des Bundestages ist.

Für eine Unterstützung der multinationale Friedenstruppe im früheren Jugoslawien zeigt die Bundesrepublik Deutschland folgende Kräfte und Mittel als möglichen nationalen Beitrag an: – Die bereits in Kroatien eingesetzte Sanitäts- und Sicherungskomponente, verstärkt auf 100 Betten einschließlich zusätzlicher mobiler Sanitätskräfte, – Land- und luftgestützte (CH-53 und UH-1 D) Transportkräfte einschließlich erforderlicher Elgnsicherung mit Stationierung außerhalb Bosnien-Herzegowinas, – Pionierkräfte einschließlich erforderlicher Elgnsicherung mit Stationierung außerhalb Bosnien-Herzegowinas, – Personal und Führungsunterstützungskräfte für die internationale Hauptquartiere in Italien und im früheren Jugoslawien, insbesondere für die Hauptquartiere des Schnellen Reaktionskorps der NATO (ARRC), – die bereits eingesetzten ECR- und Aufklärungsflugzeuge sowie die Flugzeuge BREGUET ATLANTIQUE für elektronische Aufklärung, – Lufttransportkräfte TRANSAU C-160 in der Größenordnung von bis zu 12 Flugzeugen, – eine Fregatte / Zerstörer sowie drei Seeaufklärer BREGUET ATLANTIQUE zur Beteiligung an maritimen Operationen in Abhängigkeit von der Entwicklung bei der Implementation einer Friedensvereinbarung.

Für den Fall, daß die NATO alle dargestellten Kräfte benötigt, handelt es sich bei dem deutschen Beitrag um eine Größenordnung von bis zu 4000 Bundeswehrangehörigen. Dabei sind in den Verbänden, Einheiten und Stäben, die im früheren Jugoslawien stationiert werden, grundsätzlich Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit vorgesehen. Ein Einsatz von Wehrdienstleistenden findet nur im Rahmen der Freiwilligkeit statt.

Brigadegeneral Christian Millotat in der „Europäischen Sicherheit“ Nr. 9 f. September 1995, Seite 9 f. (Dok. 2)

„Zur Zeit der Ost-West-Konfrontation konnte der Warschauer Pakt binnen zweier Tage etwa 44 Divisionen in vorgeschobenen Verfüungsräumen gegen die Central Region aufmarschieren lassen. In unseren Tagen müßte ein Gegner aus dem Osten seine zahlenmäßig geringeren Kräfte über das schlecht ausgebauten Eisenbahn- und Schienennetz, über das der Warschauer Pakt seinen Nachschub und zusätzliche Truppen aus Innererußland nach Westen heranführen müßte, für den Aufmarsch gegen Länder ostwärts von uns nutzen. Erstmal verfügt Deutschland über ein strategisches Vorfeld, das durch freundwillige Nationen gebildet wird, die anstreben, NATO-Mitglieder zu werden. Das führt aus rein militärischen Gründen zu Zeitgewinn für unsere Verteidigungsvorbereitungen.“

„Es zeichnet sich ab, daß die in diesem strategischen Vorfeld liegenden Länder in absehbarer Zeit sicherheitspolitisch und auch militärisch mit NATO und Westeuropäischer Union verknüpft werden. Dies ist ein deutsches politisches Ziel. Unzweifelhaft ist, daß zur Verwirklichung des militärstrategischen Prinzips der Gegenkonzentration dem militärischen Führer der benötigte Raum zur Verfügung stehen muß. Sonst kommt er als entscheidender operativer Faktor neben den anderen Faktoren Kräfte, Zeit und Information nicht zur Geltung, weder bei der Krisenbewältigung, der Bündnisverteidigung auf Distanz außerhalb Deutschlands noch bei der Verteidigung deutschen Bodens.“

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, 24. Oktober, Auszug, (Dok. 3)

Für eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr an der Umsetzung des Friedensplanes gelten folgende Grundsätze: a) Grundlage muß ein klares, zeitlich befristetes UN-Mandat sein, das die politische Verantwortung für die Operation bei der UN beläßt. b) Die Zustimmung aller Konfliktparteien für das Mandat einschließlich der deutschen Beteiligung ist erforderlich. c) Rußland und islamische Staaten sollten in die militärische Umsetzung des Friedensplans einbezogen werden. d) Die Bundesrepublik wird die militärische Sicherung des Friedensabkommens durch Sanitäter, Pioniereinheiten, Logistik-Truppen, Transport- und Aufklärungsflugzeuge unterstützen. Die zur Verfügung gestellten deutschen Einheiten erhalten keinen Kampfauftrag. e) Deutsche Einheiten werden ihre Basisstationierungen nicht in Bosnien-Herzegowina haben. f) Deutsche Grundwehrdienstleistende sollen nicht eingesetzt werden.

Problempapier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen, aus der PDS Bundestagsgruppe, nach „Junge Welt“ 27.10.95 S 14/15, Auszug (Dok. 4)

„... Wir sind entschieden gegen die bisherige Praxis und weitere Versuche, die UNO-Bestimmungen zu umgehen, zu unterlaufen, zu missbrauchen, um militärische Gewalt nach dem Willen der USA und anderer Großmächte und zu ihren Bedingungen anzuwenden.“

Wir treten für das Gewaltverbot der UN-Charta und die Wahrung des Gewaltmonopols einer demokratisch reformierten UNO ein (Stärkung der Generalversammlung, Demokratisierung des Sicherheitsrates, „eine die Weltbevölkerung wiederspiegelnde Zusammensetzung“, Transparenz, Kontrolle durch die Generalversammlung, Veto-Besetzung u. a.). Zu diskutieren:

a) Können wir uns unter den Bedingungen einer so reformierten UNO und unter der Voraussetzung, daß: – alle Mittel friedlicher Streitbeilegung ausgeschöpft sind, – militärische Maßnahmen strikt nach den UNO-Regeln beschlossen und umgesetzt werden müssen, – keine Delegierung an oder Beauftragung von Großmächten, Militärallianzen, Staatengruppen erfolgt, – Verhältnismäßigkeit der Mittel (Schwere der Verletzung zu Folgen der Sanktionen) gewahrt wird und – eine klare Feststellung des Friedensvertragers, Aggressors erfolgt, vorstellen, daß das ursprüngliche Anliegen der UN-Charta (kollektive Wiederherstellung des Friedens und Friedenssicherung bei Friedensbruch und Angriffshandlungen) auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt würde?

b) Können wir uns – auch als ein Schritt zur Überwindung des militärischen Gewaltmonopols der Einzelstaaten – vorstellen, daß unter den (unter a) genannten Bedingungen und Voraussetzungen die Durchsetzung des ursprünglichen Anliegens kollektiver Friedenssicherung durch militärische Kräfte erfolgt, die einzelstaatlicher Hoheit und Verfügung entzogen wird, der Uno ständig zur Verfügung stehen und unter ihrem alleinigen Kommando militärische Aufträge ausführen?

c) Welche Alternativen werden sonst gesehen, um bei Friedensbruch und militärischer Aggression nach Ausschöpfung aller Mittel friedlicher Streitbeilegung den Aggressor in die Schranken zu weisen?

Angelika Beer, sicherheitspolitische Sprecherin von B90/Grüne, 27.10. Bundestag, (Dok. 5) ... Die Bundesrepublik kann einen Beitrag zur Zivilisierung der Internationalen Beziehungen leisten, indem sie ihr Militärpotential nicht ausbaut, die Umstrukturierung zurücknimmt und eineseitige Abrüstungsschritte vornimmt. Dies muß natürlich auch für die Nachbarstaaten und die NATO-Staaten transparent sein. Ein souveräner Staat muß aber nicht rüsten, er kann sich genauso gut und mit besseren Gründen souverän gegen Rüstung entscheiden. Wenn inzwischen ein neues transatlantisches Verhältnis diskutiert wird, erwachsen gerade aus einem solchen Verhandlungsprozeß Gestaltungsmöglichkeiten für den Abbau des Militärischen. Wir sind für Integration, aber für Intergration in zivile Strukturen. Das heißt, Militär muß abgebaut werden, und parallel dazu müssen Friedensstrukturen aufgebaut werden. In Europa kann das nur die OSZE sein. Die OSZE muß qualitativ umgebaut werden, in eine Institution, die die Mittel hat, Konflikte frühzeitig zu erkennen, und die Kompetenz hat, die Konflikte friedlich zu bearbeiten.“

Schon vor den Berliner Wahlen hat der Juso-Bundesvorstand auf einer Sondersitzung die folgenden (gekürzt dokumentierten) „Thesen“ zur Situation der SPD einstimmig verabschiedet. Kernpunkte: Kritik der „Weltmarktorientierung“ und damit der „Standortpolitik“ der SPD, keine Zustimmung zum „großen Lauschangriff“, Abkehr vom „Asylkompromiß“ und von der Zustimmung zu Bundeswehreinsätzen im Ausland seien nötig. Welches politische Gewicht eine solche reformerische Position in der SPD hat, nachdem nunmehr Scharping und Schröder in der Europa- und Währungspolitik ganz weit nach rechtsaußen streben, zu Schönhuber und Brunner, um sich als „Verteidiger der DM“ zu profilieren, wird der kommende Parteitag zeigen. (rül).

1. Keine historische Bestandsgarantie

Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Rudolf Scharping und Gerd Schröder war nur der mediale Showdown eines schlechenden Auflösungsprozesses der SPD als Mitglieder- und Reformpartei. Markierungspunkte dieses Prozesses waren u.a. die Situation in Frankfurt, Bremen und Bremerhaven, die Bindungsverluste in Nordrhein-Westfalen, die politische Lähmung in Bayern (Schmidt gegen Schmid) und Schleswig-Holstein (Schubladen-Affäre) sowie die nach wie vor nicht erfolgte Verankerung der Partei in allen Teilen Ostdeutschlands (siehe Sachsen). Die Abgeordnetenhauswahlen in Berlin drohen diese Kette des politischen Bedeutungsverlustes der SPD fortzusetzen. Dabei ist diese Entwicklung des drohenden Niedergangs der Sozialdemokratie keineswegs auf die Bundesrepublik begrenzt. Die Entwicklungen etwa in anderen Staaten Westeuropas tragen ähnliche Züge und führen dort teilweise zu einer völligen Neuordnung des Parteiensystems. Dies dokumentiert: Es gibt auch für die deutsche sozialdemokratische Partei keine historische Bestandsgarantie.

2. Orientierungskrise und Anpassungspolitik

(...) Bis heute hat die SPD kein Konzept entwickelt, das die aggressive Exportorientierung der bundesdeutschen Ökonomie in Frage stellt und Maßnahmen zur Mobilisierung der binnengesellschaftlichen Potentiale aufzeigt. Spätestens mit dem Wahlprogramm W 94 hat sich die SPD endgültig bei denjenigen eingereiht, die in der rücksichtslosen Eroberung neuer Weltmarktanteile und dem weltweiten Export von Arbeitslosigkeit die einzige Möglichkeit sehen, Arbeitsplätze im Inland zu erhalten und zu sichern. Unabhängig vom jeweiligen Wahrheitsgehalt der einzelnen Argumente in der Standortdebatte impliziert diese Ausrichtung auf den Export nicht nur den Abschied vom Ziel einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, das nur noch appellativen Charakter besitzt. Vielmehr bedeutet eine solche Politik die strikte Zurichtung der inneren Ordnung auf die tatsächlichen und unterstellten Erfordernisse einer eskalierenden Weltmarktkonkurrenz, die kaum mehr ein Politikfeld unberührt lässt. Für die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft oder den frauenorientierten Umbau des Sozialstaats bleibt dann genauso wenig Platz wie für den dringend notwendigen Ausbau sozialstaatlicher Strukturen nach 13 Jahren Kohl-Regierung oder den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Jeder reformerische Ansatz,

der die Interessen der abhängig Beschäftigten und SozialeinkommensbezieherInnen ins Zentrum der Politik stellt, muß unter solchen Bedingungen an den ideologischen Schranken von Finanzierbarkeit und Staatsquote scheitern.

Doch nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik vollzieht die Parteispitze die Debatten und Argumente der Neo-Konservativen nach. Auch auf dem Feld der Innenpolitik und Innerer Sicherheit ist es der Bundesregierung gelungen, weite Teile der sozialdemokratischen Partei- und Fraktionsführung von der Notwendigkeit einer Einschränkung von BürgerInnenrechten zu überzeugen. Die bisherigen Höhepunkte stellen hierbei die Entscheidung zur Einführung des „Großen Lauschangriffs“, den der amtierende Parteivorsitzende dem Parteitag in einer als Akt der Solidarität mit der Parteispitze kaschierten Erpressung abrang, sowie die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion zum Verbrechensbekämpfungsgesetz dar, das mittlerweile vom Bundesverfassungsgericht gestoppt wurde. Den Anspruch, die Rechte des/der einzelnen vor einem unverhältnismäßigen Zugriff staatlicher Überwachungsorgane zu schützen, hat die SPD längst aufgegeben, der Slogan „Mehr Demokratie wagen“ ist nur noch Fassade.

Mit der faktischen Liquidierung des Asylrechts hat die SPD den rechtsextremistischen Brandstiftern Rücken-

Energiekreisläufe. Es geht um eine umbaufördernde Gebot- und Verbotspolitik, um alternative Steuerungssysteme vor allem für die Verkehrswirtschaft, die Grund- und Werkstoffwirtschaft sowie für die Energiewirtschaft und die Bewirtschaftung von Grund und Boden. Die wirtschaftliche Struktur der Energieversorgung entscheidet nicht nur über die Klimaentwicklung, sondern auch über die Chancen ökonomisch unterentwickelter Länder. Dem Einstieg in ein System der Solarwirtschaft kommt daher eine zentrale Funktion zu.

3. Eine Revision des Grundrechts auf Asyl ist weder politisch noch juristisch in Sicht. Will die SPD den irreversiblen Fehler zumindest in kleinen Bereichen wieder ausgleichen, ist eine Initiative zur Verbesserung des Asylrechts auf einfache gesetzlicher Ebene dringende Aufgabe der SPD. Gleichzeitig muß die SPD nicht nur die aus dem „Asylkompromiß“ noch übrig gebliebenen Vereinbarungen einfordern, sondern auch deren Gestaltung aktiv übernehmen. Die Regelung der Einwanderungserleichterung und des Aufenthaltsrechts von Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit muß dabei nach humanitären Gesichtspunkten und nicht nach Verwertungsinteressen gestaltet werden. Außerdem muß sie sich nach den Zahlen der Einwanderungswünsche richten und nicht nach dem Wunsch der Abwehr von Einwanderung.

4. In der öffentlichen Wahrnehmung fehlt der SPD die fundamentale Voraus-

sche Infrastrukturreformen zu verbieten. Ein wichtiger Baustein einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist darüber hinaus nach wie vor die Durchsetzung radikaler Arbeitszeitverkürzung.

Eine zukunftsorientierte sozialdemokratische Konzeption moderner Wirtschaftspolitik orientiert sich an zwei fundamentalen Rahmenbedingungen:

Für die Effizienz des modernen Kapitalismus hat die Qualität der menschlichen Arbeitskraft eine wachsende Bedeutung. Die Frage ist, wie ein historisch neues, sinnhaft-schöpferisch und gleichberechtigtes Arbeitsverhältnis durchzusetzen ist. Derzeit wird durch flexiblere Produktionsmodelle und logistische Auslagerungsstrategien gleichzeitig neue arbeitsorganisatorische Freiräume, die Spaltung und Segmentation des Arbeitsmarktes, die systematische Abwehr weiblicher Erwerbsarbeitsansprüche und massenhafter Beschäftigungsabbau „erreicht“. Demgegenüber ist das neue Gesicht der Gesellschaft noch nicht modelliert, der Veränderungsprozeß offen für politische Gestaltung. Bereits heute ist jedoch zu erkennen, daß insbesondere eine sozialstaatliche Ausgestaltung des Modernisierungsprozesses sowohl objektive Notwendigkeiten als auch breite Akzeptanz in der Bevölkerung vorhanden ist.

Die zunehmende Auflösung der traditionellen Familienstrukturen, die Verlängerung der Ausbildungs- und Qualifikationsphasen schaffen einen Individualisierungsprozeß, an dessen Ende eine neue Qualität von individuell nicht absicherbaren Abhängigkeiten und Risiken steht. Die positiven Potentiale eines sozial gestalteten gesellschaftlichen Strukturwandels zu betonen heißt nicht, die enge Verknüpfung von ökonomischer Wertschöpfung und sozialstaatlichem Finanzrahmen auszublenden. Ein Sozialsystem, das an die Entwicklung der Lohnquote und des Beschäftigungsstands gekoppelt ist, muß zwangsläufig kollabieren, wenn die wirtschaftstheoretisch geborene Sichtweise der Angebotsorientierung Reallohnverluste und strukturelle Massenarbeitslosigkeit als notwendige Übel der wirtschaftlichen Modernisierung unwidersprochen predigen darf. Ein besonderer Stellenwert liegt dabei auf der Frage der Erwerbsarbeitssituation von Frauen. Sie werden zunehmend vom Arbeitsmarkt verdrängt bzw. in unqualifizierte und nicht existenzsichernde Arbeitsverhältnisse geschoben. Gleichzeitig sind sie auf den Sozialstaat im höchsten Maße angewiesen, so daß sie die derzeitige Situation doppelt hart trifft. Die Aufgabe der SPD muß es daher sein, den Anforderungen von Frauen nach qualifizierter und existenzsichernder Erwerbsarbeit gerecht zu werden, da diese Gruppe der Gesellschaft zur Zeit in allen politischen Parteien vernachlässigt wird.

(...) Während sich die Partei heute in ihrer schwersten Krise seit ihrer Wiedergründung befindet, vermittelt die Parteispitze den Eindruck, als glaube sie selbst, ein wenig Kosmetik und der wiederholte Appell an die innerparteiliche Disziplin reiche aus, um die SPD wieder zur gestaltenden Kraft auf Bundesebene zu machen. Eine Generaldebatte über die Situation, die schlechenden Auflösungsscheinungen und vor allem über eine zukünftige strategische Positionierung der SPD ist deshalb unabdingbar und muß in Mannheim erfolgen. Zum anderen muß bei den Vorstandswahlen das Generationenloch hinter den „Enkeln“ endlich geschlossen werden. Diese Partei braucht den Aufbau einer neuen Generation, die radikale Ansprüche an eine reformpolitische Praxis der SPD formuliert. Die personalpolitischen Vorschläge der Jusos liegen dem Parteitag vor.

Thesen zur politischen Entwicklung der SPD

Beschluß des Juso-Bundesvorstandes vom 14. Oktober in Bonn

wind verschafft und Menschenrechte und Grundwerte über Bord gekippt. Der Abschied von diesen Grundwerten hat auch einen hohen Bindungsverlust an die Identität der Sozialdemokratie zur Folge gehabt und sich – politisch logisch – auch eher negativ auf Wahlergebnisse niedergeschlagen. (...)

Eckpunkte sozialdemokratischer Reformpolitik:

Die SPD stellt die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft und eine moderne Wirtschaftspolitik ins Zentrum ihrer politischen Strategie:

1. Die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung über die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muß intensiviert werden. Insbesondere das duale System der Berufsbildung mit dem Bestandteil des betrieblichen Qualifikationsaufbaus ist in eine strukturelle Krise geraten. Dieses Problem rangiert nicht nur unangefochten auf dem Spitzensitz der drängenden Probleme bei Meinungsumfragen, sondern untergräbt zunehmend die auf hohen Beschäftigungsgrad angewiesenen finanziellen Fundamente des Sozialstaats. Die SPD verfügt mit dem Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) über eine solide politische Ausgangslage. Das Ziel der Oppositionsstrategie muß sein, die Lücke zwischen öffentlichem Problembewußtsein und politischer Kompetenzzuweisung für die SPD zu schließen.

2. Über das marktvermittelte Konzept der „Öko-Steuern“ hinaus muß eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen gegen den deregulierten und „entfesselten“ Kapitalismus durchgesetzt werden. Im Zentrum dieser Frage stehen die Möglichkeiten für eine politische Ökonomie der Stoff- und

setzung, als soziale und ökologische Reformpartei erfolgreich zu sein: wirtschaftliche Kompetenz. Die SPD wird als die politische Kraft wahrgenommen, die den gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturwandel lediglich sozial abfedern kann, während der bürgerlichen Regierungskoalition die Aufgabe zugeschrieben wird, ihn voranzutreiben. Die Partei hat seit der Frage um die wirtschaftliche Ausgestaltung der Wiedervereinigung keinen Gestaltungsanspruch formuliert, der sich wahrnehmbar von ideologisch fixierten Strategien der Angebotsorientierung unterscheidet. Die Parteiführung sonnt sich paradoxerweise nach der mit diesem Kurs verlorenen Bundestagswahl 1994 im milden Glanz der „Modernität“. Diese naive und beschränkte Sichtweise der gesellschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten ist nur aufrechtzuerhalten, falls die Strategie des Sozialabbaus und der aggressiven Weltmarktfixierung der Regierungskoalition als die einzige realistische Vorgehensweise akzeptiert wird. Wenn der bewußte Verzicht auf politische Strategien, die eine argumentative Durchbrechung neokonservativer und wirtschaftsliberaler Deutungsmuster bedeuten, in der sozialdemokratischen Führungsspitze als modern gilt, ist der politische Funktionsverlust der SPD nicht aufzuhalten: Das Schließen der strukturellen Arbeitsplatzlücke und der monetären Gerechtigkeitslücke sowie die Überwindung des Entwertungs- und Verdrängungsprozesses weiblicher Arbeitskraft müssen mit der gewünschten ökologischen Innovation verbunden und in dieser Kombination zur öffentlichen Aufgabe gemacht werden.

Dies bedeutet, die Debatte um einen solidarischen Lastenausgleich (mit der Kernforderung nach Erhöhung der Vermögenssteuer) mit der Debatte um die Finanzierungsmöglichkeiten öffentlicher Zukunftsinvestitionen für ökologische

§ 129a-Verfahren gegen kurdische PolitikerInnen

Bürokollektiv Ulla Jelpke, MdB

Die Zahl der kurdischen politischen Gefangenen, die wegen des Verdachts der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK“ mit einem § 129a-StGB-Verfahren belegt, angeklagt und vor Gericht gestellt werden, hat sich in den letzten Wochen noch einmal stark erhöht. Mittlerweile ist von mindestens 19 kurdischen §-129a-Gefangenen auszugehen.

Am 19. September 1995 wurde in Frankfurt Aygül B. festgenommen. Bei der 30jährigen Kurdin soll es sich um eine seit Juni 95 „im Amt“ befindliche sog. „Gebietsleiterin“ der PKK in Frankfurt handeln. Sie soll mit den angeblich existierenden „Gebietsverantwortlichen“ der PKK in Wiesbaden, Mainz, Mannheim und Saarbrücken eine – nach Ansicht der Bundesanwaltschaft (BAW) bestehende – „Parteiregion Süd“ der PKK organisiert haben. (BAW-Pressemitteilung, 22.9.95)

Am Abend des 6. Oktober sperren zwei Wasserwerfer in Berlin-Kreuzberg die Zossener Straße über Stunden hinweg ab. Die polizeiliche Straßenblockade diente der Durchsuchung des Kurdischen Kulturzentrums.

Im Zuge der Razzia im Berliner Kurdischen Kulturzentrum wurde Ihsan E. festgenommen. Der 26jährige soll „spätestens seit März 1995 Gebietsverantwortlicher in Berlin“ gewesen sein. Er sei als „professioneller Kader der PKK“ dazu bestimmt gewesen, „vor allem jugendliche Mitglieder der Union der patriotischen Jugend Kurdistans (YCK)“, die fester Bestandteil der organisatorischen Struktur der PKK ist, zur Durchsetzung der Ziele der Vereinigung auch Straftaten zu begehen. So veranlaßte er die Jugendlichen, Molotowcocktails herzustellen, die dann auf seinen Befehl bei einem Polizeieinsatz am 27. Juli 1995 gegen die einschreitenden Polizeibeamten geschleudert wurden. (BAW-Pressemitteilung, 9. 10.95). Hierzu ist anzumerken, daß es sich bei der YCK – dem Bundesinnenministerium zufolge – um eine nach wie vor legale Organisation handelt („Junge Welt“, 10. 10.) Im Rahmen der Razzia in Gießen und München am 14. Oktober wurden drei kurdische Genossen verhaftet: In Gießen Kemal C. sowie Erhan S. und in München Fevzi A.

Der gegen Kemal erlassene §-129a-Haftbefehl war gerade einmal vier Tage alt. Gegen Fevzi und Erhan wurde erst nach ihrer Festnahme Haftbefehl erlassen. Konkrete Tatvorwürfe werden den drei Kurden nicht zur Last gelegt. Es soll sich bei ihnen um angebliche „Gebietsleiter“ der PKK der München (Fevzi), Nürnberg (Kemal) und Freiburg (Erhan) handeln. (BAW-Pressemitteilung, 16. 10.95)

Die Konstruktion einer „terroristischen Vereinigung“

Bei der PKK handelt es sich um eine Organisation, deren Parteistrukturen im Ausland angesiedelt sind. Diese Tatsache wird letztlich auch von bundesdeutschen Staatsschutzbehörden anerkannt. Für die Anwendung des § 129a ist aber eine inländische „terroristische Vereinigungsstruktur“ Voraussetzung.

Im ersten Düsseldorfer KurdInnen-Prozeß mußte hierfür die angebliche PKK-Abteilung „Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtenwesen“ herhalten. Nicht die gesamte PKK wurde im März 1994 als „terroristisch“ abgeurteilt, sondern nur diese Abteilung und

dies auch nur für einen bestimmten Zeitraum. Diesmal erfanden die Repressionsstrategen der BRD die sog. „Europäische Frontzentrale“ der PKK (ACM). Diese angeblich existierende europaweite PKK-Abteilung kann für sich genommen aber auch noch keine inländische „terroristische Vereinigung“ im Sinne des § 129a darstellen.

„Terroristische Vereinigungsstrukturen“ der PKK in der BRD werden von den Staatsschutzbehörden mithilfe des von ihnen entworfenen Systems von angeblichen „Regional-“ und „Gebietsverantwortlichen“ der PKK angenommen.

Demnach „bilden leitende Funktionäre der PKK in Deutschland mit der ACM als „auswärtiger Kopf“ und Lenkungsorgan an der Spitze spätestens seit Juni 1993 eine Vereinigung, deren Zielrichtung die Begehung schwerwiegender

gional-“ und „Gebietsverantwortlichen“) handele es sich um einen basisdemokratischen Haufen, in dem alle Einzelentscheidungen kollektiv getroffen würden.

Nach dem Ende der ersten Runde von KurdInnen-Prozessen (Düsseldorf I. und II., Celle, Stuttgart) geht es nun in die zweite Runde.

KurdInnen-Prozesse: 2. Akt, 1. Vorhang

Es wird versucht, die Staatsschutz-Konstruktion von „Regional-“ und „Gebietsverantwortlichen“ als ausführendes Organ der angeblichen „Europäischen Frontzentrale“ der PKK, als „terroristische Vereinigung“ im Sinne von § 129a aburteilen zu können.



Straftaten ist. Mindestens seit dem 4. November 1993 handelt es sich dabei auch um gemeingefährliche Brandstiftungen und seit Mai 1994 um sog. Bestrafungsaktionen bis hin zum vollendeten Mord an „Abweichlern“ aus den eigenen Reihen. ... Der terroristischen Vereinigung, die sich mit der Planung und Steuerung der Straftaten befaßt, gehören in Deutschland die Leiter der von der PKK gebildeten geographischen Bereiche (5 Regionen, die in ca. 17 Gebiete unterteilt sind) an (...“ (BAW, 16. 10.95)

Den meisten kurdischen „TerroristInnen“ wird lediglich die Erledigung stinknormaler Parteiarbeit vorgehalten: wie Veranstaltungsplanungen und Mitgliederwerbung. Bei den sog. „aktionistischen Aktivitäten“ handelt es sich in der Regel um militante Protestformen von niedrigem bis mittlerem Eskalationsniveau, wie Besetzungsaktionen und Straßenblockaden. Diese Anschuldigungen laufen faktisch auf eine – kaum einzugrenzende – Ausweitung des „Terrorismus“-Begriffs hinaus. Nur einem Viertel der kurdischen politischen Gefangenen werden Körperverletzungsdelikte (angebliche Bestrafungsaktionen an „abweichlerischen“ Mitgliedern) vorgeworfen. (...) Je mehr die BAW das Bild einer stark hierarchisierten und hochkonspirativ vorgehenden „terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK“ hochzuhalten versucht, um so unglaublich wird ihre Behauptung, bei der angeblich existierenden „Europäischen Frontzentrale der PKK“ (im Verbund mit den vorgeblich 22 „Re-

Das erste Verfahren begann am 25. September 1995 vor dem OLG in Frankfurt. Angeklagt sind Senol Güngür, Ahmet Karadeniz und Dogan Özserik. Ihnen wird als „Gebietsverantwortliche“ zur Last gelegt, militante Aktionen am 24. Juni und 4. November 1993 „befolgen“ zu haben.

Karadeniz war bis zu seiner Verhaftung Vorsitzender des Frankfurter Deutsch-Kurdischen Vereins. Diese Tatsache steht im eklatanten Widerspruch zu der Annahme der BAW, bei den Mitgliedern der „terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK“ handele es sich um „professionelle Kader“, die hochkonspirativ und ohne festen Wohnsitz leben würden. Ahmet Karadeniz verhandelte in seiner Funktion als Vorsitzender des Freundschaftsvereins in den Wochen vor seiner Verhaftung des öfteren mit der Polizei, als es um die Genehmigung von Veranstaltungen ging. Karadeniz wurde zudem bei einem routinemäßigen Vorstellungstermin auf der Ausländerbehörde verhaftet für „Terroristen“ ein zumindest unübliches Verhalten ... Wichtig ist an dem Frankfurter Verfahren, daß hier erneut ein Kronzeuge (Davut Sermet) zum Einsatz kommt. Ohne die Lügengeschichten von Kronzeugen scheinen die Staatsschutzorgane der BRD bei der KurdInnen-Verfolgung anscheinend nicht auszukommen. Bereits in den vorangegangenen KurdInnen-Prozessen sind nicht weniger als drei Kronzeuge zum Einsatz gekommen. Mal sehen, wie lange der Frankfurter Kronzeuge Davut Sermet mit seinen Lügengeschichten durchhält ...

Urteil gegen DEP-Abgeordnete bestätigt

Bericht der Nachrichtenagentur DEM, 27.10.95

Ankara/Brüssel, 27. Oktober (DEM). Der beim türkischen Revisionsgericht erhobene Einspruch der Abgeordneten der von der türkischen Regierung verbotenen DEP (Partei der Demokratie) wurde in einem gestrigen Beschuß abgelehnt. Dem Beschuß des Revisionsgerichtes zufolge müssen die Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak drei Viertel ihrer Haftstrafen absitzen. Die vier Abgeordneten waren wegen Verstoßes gegen den Paragraph 168 des Anti-Terrorgesetzes zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Die Abgeordneten Sedat Yurtas und Ahmet Türk, die drei Viertel ihrer Strafe abgesessen haben, wurden aus der Haft entlassen. Ebenso wurden zwei weitere Abgeordnete, Mahmut Alinak und Sirri Sakik, die nicht inhaftiert waren, vom Prozeß entlassen. Gegen die beiden Abgeordneten Ahmet Türk und Sedat Yurtas wird ein weiterer Prozeß wegen Verstoßes gegen den Paragraph 8 des Anti-Terror Gesetzes erwartet.

Der Beschuß wurde von den Anwälten der Abgeordneten Yusuf Alatas und Hasip Kaplan mit heftigen Protesten aufgenommen. Die Anwälte kündigten an, Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzulegen.

Unterdessen übte der Vorsitzende des kurdischen Exilparlamentes, Yasar Kaya, heftige Kritik an dem Urteil. Yasar Kaya rief in einer Erklärung alle politischen Kreise zur „Solidarität“ mit den inhaftierten Abgeordneten auf.

Der Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes in Ankara, Nusret Demir, erklärte dagegen, der Beschuß erwecke bei ihm „Trauer“: „Das sind Vaterlandsverräter. Meiner Meinung nach haben sie gemäß dem 125. Paragraph die Todesstrafe verdient. Ich respektiere den Beschuß des Gerichtes, aber so hätte nicht entschieden werden sollen“, so Demir. Demir erklärte weiter: „Sie werden ihre Verbrechen fortführen. Sollten sie (gemeint sind die verurteilten Abgeordneten) weitere Aktivitäten ausführen, werden wir wieder eingreifen.“

Rückblick

Am 2. März 1994 wurde auf Befehl des damaligen Generalstabschef Dogan Güres die Immunität der DEP-Abgeordneten Hatip Dicle (Vorsitzender der DEP), Leyla Zana, Ahmet Türk, Sirri Sakik und Mahmut Alinak, der aus der DEP ausgetreten ist, aufgehoben. Keine Stunden verstrichen nach dem Beschuß, als Polizisten in das Parlament eindrangen und die Abgeordneten unter dem zustimmenden Applaus im Parlament festnahmen.

Am 16. Juni 1994 wurde die DEP mit Beschuß des türkischen Parlaments verboten. Am selben Tag flohen die DEP-Abgeordneten Mahmut Kilinc, Zübeyir Aydar, Naif Günes, Remzi Kartal und Ali Yigit in das Exil. Mit der Festnahme der zwei Abgeordneten Selim Sadak und Sedat Yurtas, die in Ankara geblieben waren, am 1. Juli 1994 wurden insgesamt acht kurdische Abgeordnete festgenommen, denen unter der Androhung der Todesstrafe ein Prozeß gemacht wurde. Am 8.12.94 wurde dann das Urteil verkündet ...

Der Einspruch der Abgeordneten wurde in dem gestrigen Beschuß des Revisionsgerichtes abgelehnt.

Cubas Staatschef auf Blitzbesuch in Montevideo

Begeisterter Empfang durch die Bevölkerung, erfolgreiche Gespräche mit der Regierung

Genau 37 Stunden war Commandante Fidel Castro auf Staatsbesuch in Uruguay. Auf dem Weg zum iberamerikanischen Gipfel im NObelkjort Bariloche (Argentinien) machte der kubanische Staatschef Zwischenstation in Montevideo. Es war sein zweiter offizieller Besuch in Uruguay. Der letzte liegt 36 Jahre zurück. Im Jahre 1959, wenige Monate nach dem Sieg der Guerilleros aus der Sierra Maestra war der junge Revolutionsführer Castro schon einmal offizieller Gast der uruguayischen Regierung.

Die jüngste Einladung, kam vom uruguayischen Präsidenten Julio María Sanguinetti. Der hat sich offensichtlich vorgenommen eine aktive Vermittlerrolle im Konflikt USA-Cuba zu übernehmen. Sanguinetti wies auf die jahrelangen freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem uruguayischen Volk und der Bevölkerung Kubas. Seine Regierung habe selbstverständlich Kritik am politischen System Cubas, gleichzeitig wolle man aber der cubanischen Bevölkerung in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation helfen, meinte der uruguayische Präsident. Er fügte hinzu, daß seiner Auffassung nach das US-Embargo „kontraproduktiv“ sei für die Bemühungen um mehr Demokratie auf der Karibikinsel. In diesem Sinne hat sich auch der iberomarikanische Gipfel entschieden und selbst der argentinische Präsident Menem, sonst eher als treuer Weggefährte der US-Aussenpolitik bekannt, hat jüngst seine Beiefschaft signalisiert, eine gemeinsame Erklärung gegen das US-Embargo gegen Cuba zu unterschreiben.

Politisch war Sanguinettis Einladung ein genialer Schachzug. Er hat sich international ins Gespräch gebracht, die unabhängige uruguayische Außenpolitik unter Beweis gestellt und gleichzei-

tig innenpolitisch Punkte gesammelt. Uruguay möchte in Zukunft wieder eine aktiver Rolle in der internationalen Politik spielen. Es ist darum auch kein Zufall, daß Regierungsstellen in jüngster Zeit gerne an die Beteiligung des Landes in der Contadora Gruppe und deren Gewicht bei den Verhandlungen

B. am Empfang für Cubas Staatschef im Parlament teilzunehmen. Die linke Opposition, Frente Amplio, war zunächst überrascht und gleichzeitig höchst angetan vom Besuch Fidel Castros am Rio de la Plata.

Die Bevölkerung Montevideos empfing des Staatsgäst begeistert. Die cubanische Revolution und Fidel Castro genießen bei den UruguayerInnen und das ist durchaus auch in Cuba bekannt. Schon Tage vorher wurden viele Häuserwände in Montevideo mit Sprüchen wie „Hoch lebe Fidel, hoch lebe die kubanische Revolution“ versehen. Viele Menschen versuchten bereits am Freitag Abend zum Flughafen zu gelangen, um die Ankunft des kubanischen Staatschef live mitzubekommen. Vergeblich, denn für den hohen Besuch waren die höchsten Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden. Viele zogen spontan zum Hotel im vornehmen Stadtteil Carasco um lautstark ihre Solidarität zu bekunden. Am Samstag mobilisierte das Linksbündnis „Frente Amplio“ zu einer Kundgebung am Rathaus von Montevideo. Ein Heimspiel den Uruguays Hauptstadt, dort lebt knapp 50% der Bevölkerung des Landes, wird von den Linken regiert. Mehre-

diosender, dessen Studios gegenüber des Rathauses liegen. Tosender Bei kam auf, als Montevideos Bürgermeister, Mario Arana, seinen Besuch schließlich auf den Balkon des Rathauses geleitete. Sichtlich beeindruckt waren nicht nur die Menschen auf dem Platz, sondern auch Fidel Castro selbst. Fidel Castros Besuchsprogramm Montevideo war in der Tat ein kleiner Politmarathon. Gespräche mit der Regierung, Kranzniederlegung am Ehrenmal von General Attigas und Jose Mati, Empfang im Parlament, beim obersten Gerichtshof, beim Bürgermeister, Pressekonferenz und ein Gespräch mit Repräsentanten des Linksbündnisses „Frente Amplio“. Nicht weniger als Termine in 11 Stunden. Ganz nebenbei ging es auch noch um die Verhandlungen von 35 Millionen US-Dollar Schulden Cubas am Uruguay. Bei der Schuldfrage war man sich recht schnell einig. Cuba bezahlt in Medikamenten sowie in Technologie für die uruguayische Marine und den Schiffsverkehr. Fidel Castro verwies in allen öffentlichen Erklärungen auf die verheerenden Folgerungen des US-Embargos für die Bevölkerung seines Landes und betonte gleichzeitig die Bedeutung der Errungenschaften der kubanischen Revolution. Er bedankte sich für die Solidarität der uruguayischen Bevölkerung mit Cuba und würdigte ausdrücklich die Initiative der uruguayischen Regierung. Seinen Besuch in Uruguay bewertete er als höchst zufriedenstellend und wichtig. Auch der stellvertretende Außenminister Uruguays bewertete den Besuch Castros positiv. Er kündigte an, daß es in Zukunft Verhandlungen über die Ausgestaltung der Handelsbeziehungen der Staaten des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay) mit Cuba geben werde

(COMCOSUR)



zwischen der sandinistischen Regierung und der US-finanzierten Contra in Nicaragua erinnert haben. Innenpolitisch hat sich der uruguayische Präsident mit seiner Einladung vor allem Kritik aus der eigenen Partei (Colorados) und vom Koalitionspartner (Partido Nacional) eingehandelt. Einige Abgeordnete seiner Partei weigerten sich z.

re zehntausend Menschen versammelten sich vor dem roten Backsteinbau in der City um Fidel endlich zu sehen und um via Lautsprecher der Zeremonie der feierlichen Schlüsselübergabe zu folgen. Die Stadtverwaltung selbst hatte versäumt Lautsprecher aufzustellen. Diese Aufgabe übernahmen die Organisatoren der Kundgebung und ein Ra-

Blockfreie kritisieren zunehmenden Neokolonialismus in der Welt

Mit dem „Aufruf aus Kolumbien“ ist das 11. Gipfeltreffen der Blockfreien Länder im kolumbianischen Cartagena zu Ende gegangen.

In ihrer Erklärung verurteilen die Blockfreien Länder zunehmende „interventionistische und koloniale Tendenzen“ des Westens. Der indonesische Präsident Suharto sagte, das die Blockfreien nicht mehr dulden, das der Westen Handelsbeziehungen an Auflagen etwa für Umweltschutz oder Menschenrechte knüpft. „Es gibt im Westen neue protektionistische Tendenzen, die sehr gefährlich sind,“ mahnte auch der kolumbianische Präsident Samper, der nun auch den Vorsitz der Blockfreienkonferenz übernommen hat. Pakistans Premierminister Benazir Butto und der PLO Vorsitzende Arafat erklärten, daß die Industriewelt die armen Länder mißbraucht und Ausbeute. Cubas Staatschef Fidel Castro zog Parallelen zwischen den heutigen USA und Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg wegen der zunehmenden Aufrüstung und dem Aufstauen rechter Gruppen in den USA.

Heftig wurde auf der Konferenz auch der gegenwärtige Zustand der UNO kritisiert. Das Ende des Kalten Krieges habe vielleicht das Ost-West Gegen-

satz beendet, aber nicht zu einer fairen Weltordnung geführt, lautete die Einschätzung der 113 Staaten, die in der UNO die größte Gruppe stellen. Als Ursache für die Ungerechtigkeiten in der Welt, seien die Blockfreien u. a. die Dominanz der Großmächte im Weltsicherheitsrat.

Fidel Castro sagte dazu auf der Konferenz, im Sicherheitsrat hätten die „Euromächte, Atommächte und die Superreichen“, das Machtmonopol; insbesondere die USA nutzten den Rat, um die Welt zu beherrschen. Der Präsident Simbabwes, Robert Mugabe, rief dazu auf, durch gemeinsame Aktionen der Blockfreien diesen Zustand zu ändern. Der Sicherheitsrat könnte in seiner heutigen Form nicht mehr damit betraut werden, Konflikte wie in Somalia, Bosnien und Ruanda zu lösen. Castro forderte konkret, daß der Sicherheitsrat um sechs ständige Mitglieder erweitert werden sollte - jeweils zwei aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Zudem wurde auf der Konferenz in Cartagena die Abschaffung des Veto-

rechts im UN-Sicherheitsrat gefordert. Es gebe keine Rechtfertigung dafür, das ein einzelnes Land, wie mächtig es auch sei, sein Veto einlegen könne. Falls das Veto-Recht nicht völlig abgeschafft werden könne, müsse zumindest erreicht werden, daß es nur von mehreren Staaten gemeinsam in Anspruch genommen werden kann.

In dem 64 Punkte umfassenden „Aufruf aus Kolumbien“ wird weiter eine Änderung des Bretton-Woods-System gefordert, eine stärkere Süd-Süd-Zusammenarbeit sowie ein koordiniertes Vorgehen gegen den zunehmenden Drogenhandel.

Die Konferenz der Blockfreien im kolumbianischen Cartagena war erfolgreicher, als es der gegenwärtige Zustand der Bewegung der Blockfreien vermuten läßt. Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde der Bewegung wieder eine zentrale Rolle im Hinblick auf die Schaffung einer gerechteren Weltordnung zugebilligt. In vielen Ländern setzt sich wieder eine mehr antikolonialistische Tradition durch, nachdem sich in den letzten Jahren eine ver-

stärkte „Verwestlichung“ bei vielen Entwicklungsländern abzeichnete. Negativ zu werten ist aber sicherlich, daß ein Mann wie der kolumbianische Präsident, der wohl demnächst über seine Kontakte zur kolumbianischen Drogenmafia stützen wird, als Sprecher der Blockfreienbewegung für die nächsten drei Jahre gewählt wurde.

Als die Bewegung 1961 gegründet wurde, gehörten ihr 25 Entwicklungsländer an. Auf dem Treffen in Kolumbien wurden als 114. und 115. Mitglied Turkmenistan und Eritrea aufgenommen.

Zum Abschluß ihres Gipfels haben die Blockfreien Staaten die USA aufgefordert, ihr Wirtschaftsembargo gegen Cuba aufzuheben, das der UNO-Charta und dem internationalen Recht widerspreche. Das Embargo füge der Karibikinsel großen Schaden zu. Die Konferenz forderte zudem ein Ende der gegen die Regierung in Havanna gerichteten Rundfunk- und Fernsehsendungen aus den USA und die Aufgabe des US-Militärstützpunkts Guantanamo Bay.

(hav)



Die Parteichefs von
Linksdemokraten
und Rifondazione
comunista, D'Alema
und Bertinotti,
am Tag vor dem
Mißtrauensvotum
– kurz vor dem
endgültigen Bruch.

Italien: Mißtrauensantrag gegen Dini gescheitert

Rifondazione comunista nimmt Abstand

Die Regierung Dini bleibt vorerst im Amt. Am 26. Oktober scheiterte der Mißtrauensantrag, den der rechte „Pol der Freiheiten“ aus Berlusconis Forza Italia, der faschistischen Alleanza nazionale (AN) und rechten Ex-Christdemokraten eingebracht hatte. 291 Abgeordnete stimmten für den Antrag, 310 dagegen, die 24 Abgeordneten von Rifondazione comunista nahmen nicht an der Abstimmung teil.

Damit haben Berlusconi und sein Verbündeter Fini (AN) ihr Ziel verfehlt, noch in diesem Jahr Neuwahlen zu erzwingen, bei denen sie sich mit dem Mehrheitswahlrecht gute Chancen ausgerechnet haben, wieder die Regierung zu übernehmen. Sie hatten es eilig, weil Berlusconi ab Januar in Brescia wegen Bestechungsverdachts vor Gericht stehen wird. Außerdem wären sie damit einem befürchteten neuen Gesetz zuvorgekommen, das eine Gleichberechtigung der politischen Kräfte in den Medien im Wahlkampf sichern soll. Und schließlich beginnt im Januar die halbjährige Präsidentschaft Italiens in der EU, die den Rechten für eine Festigung ihrer Position im internationalen Rahmen gerade recht gekommen wäre.

Die Stimmen der Partei der kommunistischen Neugründung (PRC - Rifondazione comunista) gaben den Ausschlag. Bis zur Abstimmung hatte der Parteivorstand Zustimmung zum Mißtrauensantrag angekündigt. Die Begründung war, daß Rifondazione nicht die Regierung Dini (in der Haushaltspolitik, bei der Privatisierung von Industrie und Schulwesen, bei Rentenkürzung und anderem Sozialabbau usw.) bekämpfen und gegen sie mobilisieren könne und sie dann bei einem Mißtrauensantrag schone. Sie müsse vielmehr so rasch wie möglich „davongejagt“ werden. Gegen einen drohenden Wahlsieg der Rechten propagierte Rifondazione ein Bündnis der Kräfte gegen rechts Wahlkreis für Wahlkreis.

Von der Zustimmung zum Mißtrauensantrag rückte Rifondazione erst unmittelbar vor der Abstimmung ab, nachdem Dini in der Abgeordnetenkammer vor den laufenden Kameras auf die Frage des PRC-Sekretärs Bertinotti seine Bereitschaft bekräftigt hatte, noch in diesem Jahr nach Verabschiebung des Haushalts 1996 zurückzutreten. Diese Erklärung war freilich nicht die eigentliche Ursache für den Schwenk.

In der Anhängerschaft und im Umfeld von Rifondazione war der Streit über die Unterstützung des Mißtrauensvotums, über das gemeinsame Abstimmungsverhalten mit den Rechten so stark geworden, daß die Zukunft der Partei auf dem Spiel stand. Aus Versammlungen großer Parteigliederungen kam Protest, von Mitgliedern gewerkschaftlicher Gremien, von ehemaligen Partisanen, von linken Intellektuellen. Im ersten Halbjahr waren bereits etwa ein Drittel der Parlamentsfraktion sowie Vorsitzende und Mitglieder über ähnliche Streitfragen aus der Partei ausgetreten. Die ohnehin seit langem gespannten Beziehungen zur Linksdemokratischen Partei (PDS, Ex-PCI-Mehrheit), die die Regierung Dini zusammen mit der Lega Nord und anderen stützt, standen vor dem Bruch und damit auch die Perspektive eines künftigen Wahlbündnisses. Die Lage war schließlich so ge-

spannt, daß Bertinotti nach dem Schwenk gegenüber der Presse erklärte: „Wir riskierten das Zerbrechen der Gewerkschaft und der Verwaltungen“ (1), also der örtlichen Verwaltungen, die von „Mitte-Links“-Koalitionen unter Einschluß von Rifondazione getragen werden.

Linke Oppositionspolitik hat sich für Rifondazione unter den gegebenen Umständen trotz guter Wahlergebnisse als sehr schwierig erwiesen. Das politische Geflecht ist kompliziert: eine Regierung sogenannter „Fachleute“, die Haushalt und Währung auf Kosten des Sozialen festigt; das gemäßigte „Mitte-Links“-Lager, das diese Regierung vorderhand stützt; eine rechte Opposition, die sie bekämpft. Eine soziale und politische Opposition von links muß reaktionäre Regierungspolitik bekämpfen, ohne die in der Opposition lauernde äußerste Rechte ungewollt zu fördern. Sie muß aber auch danach trachten, die äußerste Rechte in Schach zu halten, ohne daß dadurch die Regierung zusätzlichen Spielraum erhält. Rifondazione muß sich obendrein als eigenständige linke Kraft in dem Zwei-Parteien-System, zu dem das Mehrheitswahlrecht hindeutet, behaupten. Die Partei hat sich in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit einem eigenen Steuerkonzept – hohe Besteuerung von Staatsschuldspapieren zur Finanzierung von Sozialem – gegen die Rechten zu profilieren versucht. Aber auch damit war das gemeinsame Abstimmen mit den Rechten nicht zu vermitteln.

Bertinotti hatte gegenüber der Kritik auf die 50er Jahre verwiesen, wo die Kommunistische Partei in der Opposition gelegentlich auch wie die faschistische Partei MSI abgestimmt habe, ohne daß es zu Protesten gekommen sei. Die Kritiker (wie der Schriftsteller Dario Fo) antworteten darauf, daß seinerzeit die Faschisten für die Regierungsbildung eine bedeutungslose Kraft waren, heute aber nicht.

Mit dem Ausgang des Mißtrauensantrags ist nun einerseits ein Aufatmen durch das linke Lager gegangen. Andererseits hat sich aber auch das gemäßigte „Mitte-Links“-Lager soweit auf den „Technokraten“ Dini zubewegt, daß die Bedingungen für künftige Reformpolitik immer schwieriger werden.

Quelle: (1) *la Repubblica*, 27. 10.95 (rok)



Kundgebung von Rifondazione comunista

Spendet für die Flüchtlinge in Jugoslawien!

Die völkerrechtswidrige Eroberung der Krajina im Juli 1995 durch die kroatische Armee hat, wie von der UNO am 13. 10.1995 offiziell bestätigt, zahlreichen Zivilisten das Leben gekostet und mehr als 300.000 Menschen (dies entspricht nahezu der gesamten Bevölkerung der Krajina) aus ihrer angestammten Heimat vertrieben.

Die Bombardierung der Zivilbevölkerung durch die Kampfbomber der NATO sowie die gleichzeitige militärische Offensive der sogenannten „bosnischen“ Armee und kroatischer Verbände setzte einen weiteren riesigen Flüchtlingsstreck nach West-Bosnien und Jugoslawien in Bewegung. Allein in der Stadt Banja Luka befinden sich mittlerweile mehr als 140.000 Flüchtlinge. Insgesamt flohen seit Ausbruch des Krieges annähernd eine Million Menschen, zumeist Frauen und Kinder, nach Jugoslawien!

Die Sanktionen gegen Jugoslawien müssen sofort aufgehoben werden!

Die Versorgung der vertriebenen Menschen mit Lebensmitteln und Medikamenten gestaltet sich schwierig: Das unter den jetzt wieder vom UN-Sicherheitsrat verlängerten Sanktionen leidende Jugoslawien kann zur Zeit nur unter größten Schwierigkeiten die Versorgung der eigenen Bevölkerung bewältigen, geschweige denn die Versorgung einer so großen Anzahl von vertriebenen Menschen. Schon jetzt sterben täglich immer mehr Menschen, vor allem Kinder und Kranke, die unter „normalen“ Umständen heilbar gewesen wären. Die Situation in den zahlreichen Flüchtlingslagern ist mittlerweile katastrophal. Die Flüchtlinge, unter ihnen zahlreiche Kinder und alte Menschen, sind auf engstem Raum zusammengepfercht gezwungen, in den völlig überfüllten Lagern auf dem Boden zu schlafen. Es sind keine Decken vorhanden; Lebensmittel, Brennmaterial und Trinkwasser werden knapp; für die zahlreichen Säuglinge und Kleinkinder gibt es fast keine Milch oder Säuglingsnahrung. Für die Kranken und zum Teil schwer Verletzten gibt es so gut wie keine Medikamente. Medizinische Geräte und Ersatzteile können aufgrund der Sanktionen nicht geliefert werden (nur im Rahmen humanitärer Hilfe). So können beispielsweise Lungenkrankheiten wegen fehlender Röntgenbilder nicht einmal diagnostiziert werden.

Helfen Sie mit, die Not der Menschen in den jugoslawischen Flüchtlingslagern zu lindern. Spenden Sie im Rahmen humanitärer Hilfe für die Versorgung der Flüchtlinge unter dem Kennwort „Flüchtlingshilfe Jugoslawien“.

Deutsch-Ausländischer
Solidaritätsverein (DASOV e. V.)
Bankverbindung: DASOV e. V.
Bezirkssparkasse Heidelberg
Kontonummer 41912
BLZ 672 500 20, Stichwort:
Flüchtlingshilfe Jugoslawien

Revanchisten im Kreis Pinneberg vorerst gestoppt

Der Widerstand gegen die geschichtsrevisionistischen Ziele des Bundes vertriebener Deutscher (BvD) hat im Kreis Pinneberg Form angenommen. Nachdem auf Initiative der Kreistagsfraktion der Grünen eine Hetzveranstaltung des BvD zum 8. Mai im Pinneberger Kreishaus durch Landrat Harms (SPD) verboten wurde, führte eine nachfolgende Diskussionsveranstaltung des BvD über das Verbot zum vorzeitigen Auszug des SPD-Fraktionsvorsitzenden Anders und der anwesenden Mitglieder der Grünen-Kreistagsfraktion. SPD und Grüne sahen sich übel Beschimpfungen ausgesetzt und mit einer Aktionseinheit des Vertreters der Deutschen Liga für Volk und Heimat im Kieler Landtag, Stawitz, sowie Krüger (BvD) konfrontiert. Vorläufiger Höhepunkt ist nun: Nach einem erneuten Verbot einer Ausstellung des BvD und der Kreisgemeinschaft Fischhausen anlässlich des Tag der Heimat durch Landrat Harms wird diesem mit Mord gedroht.

Zu dem Verbot der Ausstellung im Kreishaus erschien auch ein ungewöhnlich kritischer Artikel in den Uetersener Nachrichten, dem eigentlichen Hausblatt der Revanchisten um Erwin Krüger (BvD) und Ilse Rudat (Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen).

Kritik in der Ortspresse

Hier hieß es: „Die Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen aus dem Osten ist ein weithin unbekanntes Thema, glaubt der Bund der Vertriebenen (BdV). Eine Ausstellung in einem kleinen Raum im Hotel 'Cap Polonio' im Rahmen des jährlichen Treffens der Kreisgemeinschaft Fischhausen sollte Licht in das Dunkel der Unwissenheit bringen... Die Ausstellung, gegliedert in Kapitel wie, Deutsche Ostsiedlung im Mittelalter', 'Beginn des 2. Weltkriegs', 'Zwangsumsiedlungen Deutscher im Krieg', 'Planungen der Siegermächte' und so fort, erhebt den Anspruch, aufzuklären, was (den Ost-Deutschen) geschah und die wahren Hintergründe für die Entfesselung des 2. Weltkrieges aufzudecken. Was die Ausstellung tatsächlich zeigt, sind aber, mag es der BdV auch anders

sehen, sattsam bekannte Tatsachen. Die eigentliche Kritik an der Ausstellung betrifft aber die Herauslösung der dargestellten dramatischen Ereignisse von Flucht und Vertreibung aus dem geschichtlichen Kontext. Wo findet sich ein Hinweis darauf, daß der verbrecherische Krieg von Deutschland ausging? Wo ein Hinweis darauf, was deutsche Menschen mißliebigen Minderheiten im eigenen Land und ihren Nachbarvölkern antaten? Weil diese Hinweise fehlen, hatte es ja der Landrat des Kreises Pinneberg, Berend Harms, abgelehnt, diese Ausstellung im Kreishaus zeigen zu lassen. Dabei sind die Verbrechen der Deutschen beispiellos in der Geschichte und haben die Saat gelegt für den Haß, der nach der Niederlage dann auch viele Unschuldige traf. Eine Darstellung von Greuelaten an Deutschen, von Flucht und Vertreibung unter Auslassung dieses ... Hintergrundes ist geschichtsverfälschend.“ (1)

Geschichtsunterricht und die pädagogischen Methoden des BvD

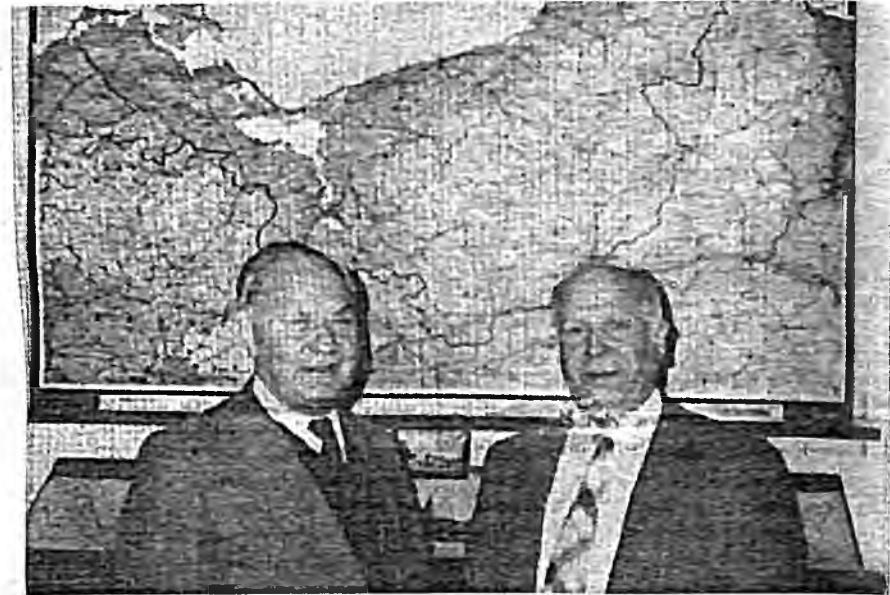
Dabei hatten sich die Revanchisten ge-

nau überlegt, in welche Richtung sie mit einer solchen Ausstellung wirken wollten. Zum Tag der Heimat, der dennoch im Kreistagssaal stattfand, ließen sie einen niederländischen „Völkerrechtler“ Namens Dr. Frans de Buy auffahren. Für de Buy ist die „Vertreibung von Millionen deutscher Frauen, Kinder und Männer nicht die direkte Folge des Ergebnisses des zweiten Weltkrieges.“ Er behauptete weiter, es gäbe „Beweise dafür, daß die Vertreibung der Deutschen offen bekundetes Ziel der Tschechen und Polen seit 1918 gewesen“ sei. Die „Rechtslage der Heimatvertriebenen“ nannte de Buy „ein Verbrechen, das bis heute ungesühnt ist.“ die deutschen Heimatvertriebenen seien immer in besonnener Weise vorgegangen. Jetzt stünden sie völlig entrichtet da. (2) Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Fischhausen, Schwarz, forderte im Anschluß, daß sich Schulen und Universitäten des Themas „Flucht und Vertreibung“ annehmen sollten. Sieht man diese Aussagen im Zusammenhang, so war beabsichtigt worden, die Ausstellung als geschichtliches Dokument in den Schulen zu verbreiten. Das Kreishaus sollte als Sprungbrett herhalten. Der Beitrag des „Völkerrechtlers“ hätte

dann als Unterfutter für eine Einheit im Geschichtsunterricht fungiert.

Diese Absichten hat der Landrat nun torpediert. Die Reaktion der Revanchisten ist entsprechend. „Wir Vertriebenen werden einen Weg für deinen Tod finden“ heißt es in dem anonymen Schreiben. Es sei zudem nicht das einzige, das er bekommen habe. Die Briefe seien aus allen möglichen Regionen gekommen, er erinnere sich spontan an Walsrode und Münster. Der Landrat habe „alle Deutschen beleidigt“, heißt es in einem anderen Brief, sowohl Erster als auch Zweiter Weltkrieg seien den Deutschen aufgezwungen worden. (3) Gegen diese Art Geschichtsunterricht aus dem Hause der Landsmannschaften hat Harms mit dem Verbot der Ausstellung erstmalig inhaltliche Gründe genannt, auf die sich auch antirevanchistische Kräfte beziehen können. Er begründete sein Verbot nicht nur aufgrund des „geschichtsfälschenden“ Inhalten, sondern auch wegen „diverser undifferenzierter Anspielungen auf Wiedergutmachung“. (3)

Quellen: (1) Uetersener Nachrichten vom 19. 9.95; (2) Uetersener Nachrichten vom 21. 9.95; (3) Pinneberger Zeitung vom 4. 10.95, (rua)



Der Kreisvorsitzende des BvD, Krüger (rechts), hält sich in einer Verurteilung der Drohungen gegen Harms bemerkenswert zurück.

Kohl beim großen Zapfenstreich



Über 1 000 Menschen protestierten am 26. 10. gegen den „feierlichen Zapfenstreich“ anlässlich des 40jährigen Bestehens der Bundeswehr, der auf Wunsch des Kanzlers auf der Bonner Hofgartenwiese feierlich wurde. Ein massives Polizeiaufgebot schützte das militaristische Schauspiel. Trotzdem war der Protestlärm unüberhörbar. (u.b.)

Kommunalwahlrecht für EU-Bürger noch dieses Jahr

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat einen Gesetzentwurf für das kommunale Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und -Bürger vorgelegt. Er soll noch in diesem Jahr vom Landtag verabschiedet werden. Bei den nächsten Kommunalwahlen 1999 können danach allein in NRW 400. 000 EU-Bürger wählen. Sobald das Gesetz in Kraft ist, spätestens ab Anfang 1996, können EU-Bürger schon an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden teilnehmen. Wie die Einwohner mit einem deutschen Paß müssen sie 18 Jahre alt sein und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnen. Im Gegensatz zur bayrischen Regelung werden die EU-Bürger von Amts wegen (und nicht nur auf Antrag) ins Wählerverzeichnis eingetragen. Sie können auch zu hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten gewählt werden. Damit wurden die Spielräume des europäischen Rechts ausgeschöpft, dem Großteil der in NRW lebenden Ausländer wird selbst das kommunale Wahlrecht jedoch weiter vorenthalten. Auch Landesinnenminister Kniola (SPD) äußerte sich kritisch dazu und trat für Regelungen wie in den Niederlanden und Dänemark ein. Dort

erhalten alle Ausländer nach einer gewissen Aufenthaltsdauer das kommunale Wahlrecht (wof)

Tod von Kemal Cipiloglu: Berufungsprozeß verloren

In der zweiten Instanz hat das Oberlandesgericht Hamm das Schadensersatz-Urteil des Landgerichts Essen zum Tod von Kemal Cipiloglu aufgehoben. Der 13jährige Junge war im Juni 1989 von der Essener Polizei nach Verfolgungsjagd erschossen worden. Trotz vieler Ungereimtheiten und heftiger öffentlicher Kritik bescheinigte die Staatsanwaltschaft den beiden Polizeischützen Notwehr. Ein Klageerwiderungsverfahren scheiterte aus formalen Gründen. In einem Schadensersatzverfahren räumte das Essener Landgericht jedoch Zweifel an der Notwehrsituations ein und sprach der Mutter 5 000 DM Schmerzensgeld zu. Das Oberlandesgericht bestätigte diese Zweifel nicht. Güler Özgönen, die Schwester von Kemal: „Es schreit zum Himmel nach Gerechtigkeit, aber man bekommt keine. Nicht nur, daß wir den Bruder verloren haben, jetzt auch noch den Prozeß. Die Polizei hat hier einen Freifahrtschein zum Töten.“ (wof)

FDP-Rechte trifft Faschisten

Stuttgart. Nachdem bei den Berliner Wahlen die FDP weit entfernt von der Fünf-Prozent-Hürde abschnitt, anderseits aber die Republikaner mit rund drei Prozent so gut abschnitten, daß sie Hoffnungen auf einen Wiedereinzug ins Stuttgarter Landesparlament im kommenden Frühjahr hegen, hatte das Treffen von FDP-Rechten und Faschisten, das am Freitag, den 27. Oktober im Großen Kursaal in Stuttgart/Bad Cannstatt stattfand, einige Bedeutung.

Veranstalter war der als Haider-Einländer bekannte frühere FDP-Vorsitzende von Bad Cannstatt, Manfred Roth. Zum Thema „Liberalismus: Fluch oder Segen für Deutschland und Europa“ war eine Podiumsdiskussion mit Dr. Alfred Mechtersheimer (vom Friedenskomitee 2000), Alexander von Stahl (FDP, ehemals Generalbundesanwalt) und Dieter Stein (Chefredakteur der neu-rechten „Jungen Freiheit“) angekündigt. Moderation: Georg Gallus, FDP, ehemals Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium.

Die Richtung der Veranstaltung geht aus der Vorstellung des sogenannten Cannstatter Kreises im Einladungs-schreiben hervor:

„Wir treten ein für die Freiheit der Person, für Erhalt von Mittelstand und Familie, Treue zu Heimat und Vaterland, Volkssouveränität, die deutsche Kultur, ein leistungsfähiges Europa, die abendländische Kultur, die Sicherung des Weltfriedens. Wir sind gegen den Werteverfall, ausufernde Staatsvorsorge, multikulturelle Gesellschaft, Ausverkauf nationaler Interessen.“

(...) Die Veranstaltung blieb nicht ohne Gegenaktion: Die VVN/BdA protestierte in einer in der örtlichen Presse veröffentlichten Erklärung. Die PDS-Abgeordneten Jelpke und Wolf veröffentlichten ebenfalls eine Protesterklärung; auf der Veranstaltung äußerten Antifaschisten ihren Protest; die Rechten versuchten daraufhin zu prügeln, die geplante Veranstaltung begann mit beträchtlicher Verspätung.

(alk)

Glasmoor: Hungerstreik abgebrochen

Hamburg. Die Gefangenen im Abschiebekast Glasmoor haben am Abend des 11. Oktobers aufgrund massiven Drucks ihren Hungerstreik abgebrochen.

Vertreter der Ausländerbehörde hatten am 11. 10.95 gegenüber vier Gefangenen erklärt: Auch wenn sie weitermachen würden - sie werden abgeschoben. Die Forderungen der Flüchtlinge blieben unerfüllt - Hamburg reagierte eiskalt!

Kein Schutz für Folteropfer, sondern Abschiebungen von Kurden in die Türkei. Kein Schutz vor barbarischen „Strafen“ im Iran - sondern offene Kumpel mit Verfolgerstaaten. Ein Hungerstreik ist die ist die letzte Möglichkeit/das letzte Signal von Menschen in einer verzweifelten, aussichtslosen Situation, auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Insgesamt waren 12 Menschen im Hungerstreik, einige hatten bis zu elf Tage lang die Nahrungsaufnahme verweigert.

In einem durch ein „Behörden- Go-In“

am 6. 10. in der Ausländerbehörde durchgesetzten Gespräch mit dem Leiter der Ausländerbehörde, Dauer, erklärte dieser am 9. 10. den VertreterInnen der Glasmoorgruppe, des Antirassistischen Telefons und des Flüchtlingsrates, „man“ könne sich durch einen Hungerstreik nicht unter Druck setzen lassen. Einem Flüchtling, Folteropfer in der Türkei, dessen Schicksal bei der Pressekonferenz am 3. Oktober in Glasmoor durch seinen Anwalt geschildert wurde, erklärte die Behörde zum „Rädelshäuser“. Nun sitzt er bis heute im UG-Holstenglacis. Und zum Status der Hungerstreikenden, in Hinblick auf sogenannte „Haftgründe“, sagte der Behördenleiter: „Sozusagen schlicht illegal!“ (...)

Die Forderungen der Flüchtlinge sind mehr als berechtigt.

Keine Abschiebung!

Keine Abschiebekäste!

Erklärung des Flüchtlingsrates Hamburg vom 12. 10.95, gekürzt, aus CL-Netz

30. Oktober 1995 – Aktionen zum Tag der Arbeitslosen.

In Stuttgart findet vormittags von 10 bis 12 Uhr im Hospitalhof (Kleiner Saal, Eingang Büchsenstraße) eine Veranstaltung statt: Girokonto für alle - Brauchen wir ein Recht auf Girokonto?

Dazu laden u.a. die Schuldnerberatung Stuttgart und die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg ein.

Für nachmittags um 15 Uhr bereitet die Stuttgarter Arbeitsloseninitiative in der Fußgängerzone Bad Cannstatt Aktionen zum „Weltspartag“ vor.

Am Samstag, dem 4. November, findet in Bonn eine bundesweite Demonstration und Kundgebung gegen die geplante Sozialhilfe „Reform“ statt (siehe Aufruf S. 1). Mitfahrtgelegenheiten ab Stuttgart organisiert das: Stuttgarter Arbeitslosenzentrum SALZ, Tel. 56 32 90.

(alk)

Aktionsgemeinschaft „Für Ausländer“

Am Donnerstag, den 19. Oktober fand auf dem Münchner Marienplatz eine Kundgebung der Aktionsgemeinschaft „Für Ausländer“ statt, einem Bündnis gegen Ungleichbehandlung, Rassismus

und Fremdenfeindlichkeit und für ein solidarisches und friedliches Miteinander

Im Mittelpunkt dieser Aktion stand und steht die Einbürgerung der Nichtdeutschen als Antwort auf die Ablehnung, die die Doppelstaatsbürgerschaft im Deutschen Bundestag gefunden hat. In einem Info-Heft des OB und des Vorsitzenden des Ausländerbeirates heißt es deshalb: „Wir halten es in der gegebenen Situation aber für wichtig, daß diejenigen innerhalb der ausländischen Bevölkerung, die die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, ernsthaft über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nachdenken. Einbürgerung ist ihr Schlüssel zu allen Bürgerrechten, ohne daß Sie auf die eigene kulturelle Identität, Religion oder die bisher vertraute Lebensweise verzichten müssen. Wir haben uns deshalb entschlossen, eine Aktion zur Einbürgerung durchzuführen. ...“ Seit dem 1.1.1991 gibt es die „erleichterte Einbürgerung“. Allerdings muß eine ganze Latte von rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein. Einer dieser Gummiparagrafen lautet z.B.: „Keine Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, keine Beteiligung an Gewalttätigkeiten bei

der Verfolgung politischer Ziele, kein öffentlicher Aufruf zu Gewalttätigkeiten und keine öffentliche Drohung mit Gewaltanwendung.“

(dil)

Demokratische Rechte wieder eingeschränkt!

Die Göttinger Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen kritisiert das Verbot der Demonstration und Agit-Prop-Aktion der Autonomen Antifa (M) am 2. Oktober. Hier wurde von den Verantwortlichen in Stadtverwaltung und Landesregierung ein wichtiges Stück antifaschistischer Gegenöffentlichkeit unterdrückt. Dazu belagerte die Staatsmacht Göttingen fast eine ganze Woche mit tausenden PolizistInnen, um damit das demokratische Grundrecht der Demonstrationsfreiheit faktisch außer Kraft zu setzen. Daher hält die VVN-Bund der AntifaschistInnen die trotz des massiven Polizeieinsatzes durchgesetzte Demonstration für einen Erfolg im Kampf gegen den staatlichen Anti-Antifaschismus und die Einschränkung demokratischer Grundrechte. Es ist ermutigend, daß es in dieser Situation trotz politischer Dissonanzen gelungen ist, gemeinsam zu agieren.

In die gleiche Richtung weist die Ankündigung des Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und des innenpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Siegmar Gabriel, zusammen mit Niedersachsens CDU, das Polizeigesetz zu verschärfen. Hier werden die „Chaostage 1995“ in Hannover dazu instrumentalisiert, die im Grundgesetz garantierte Versammlungsfreiheit mittels „Unterbindungsgewahrsam“ für ganze Bevölkerungsgruppen abzuschaffen. Auf den Grundfesten des demokratischen Rechtsstaates. Wenn dann noch angestrebt wird, daß dieser viertägige Unterbindungsgewahrsam auch gegen richterliche Beschlüsse weitergeführt werden kann, wird ein solches neues Polizeigesetz vollends zum „Ermächtigungsgesetz für willkürliche Verhaftungen“ im Vorfeld unliebsamer Veranstaltungen und Demonstrationen werden.

Daher ruft die Göttinger VVN/BdA alle Bürgerinnen und Bürger, die die demokratischen Grundrechte in Niedersachsen verteidigen wollen, zum energischen Widerstand gegen die große Koalition der Grundrechtskiller und Polizeirechtsverschärfung auf.

(Presseerklärung der VVN-BdA Göttingen)

Republikaner in Berlin: Hohe Stammwählerbasis

Obwohl es den Republikanern bei den beiden Berliner Wahlen (Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen/BVV) nicht gelang, in die Parlamente einzuziehen, geben die Ergebnisse keinen Anlaß zur Entwarnung. Zum Abgeordnetenhaus erhielten sie 2,7% (1990: 3,1%). Das entspricht 45431 Wählern. Es gelang ihnen damit, 3 000 Wähler mehr zu mobilisieren als die FDP und gegenüber den Bundestagswahlen 1994 (36 645 Stimmen) wieder kräftig zuzulegen. Im Vergleich zu dem viel gelobten PDS-Ergebnis ist ebenfalls festzuhalten, daß die REPs mit 27 728 Stimmen in den West-Wahlkreisen über 5 000 Wähler mehr mobilisieren konnten als die PDS.

Aus den Bezirksverordnetenversammlungen, in die die REPs 1992 (in gesonderten Wahlen) flächendeckend (einige Ausnahme Zehlendorf) einziehen konnten, sind sie erfreulicherweise überall rausgeflogen. Allerdings fehlten ihnen teilweise nur wenige Stimmen. So erreichten sie in 12 der 23 Bezirke über 3% der Stimmen: Wedding 4,7% (1992: 14,4%), Hellersdorf 4,1% (6,2%), Marzahn 3,8% (5,7%), Weißensee 3,8% (5,5%), Hohenschönhausen 3,7% (5,2%), Neukölln 3,7% (12,8%), Prenzlauer Berg 3,2% (5,3%), Tiergarten 3,2% (10,6%), Friedrichshain 3,1% (5,9%), Treptow 3,1% (4,9%), Reinickendorf 3,1% (10,5%), Mitte 3,1% (5,4%). Es fällt dabei auf, daß ihre Stimmannteile in den westlichen Hochburgen, 1992 teilweise zweistellige Ergebnisse, überproportio-

nal auf rund ein Drittel der damaligen Anteile zurückgingen. In den östlichen Bezirken verloren sie relativ wenige Wähler und konnten sich damit stadtweit, im Osten wie im Westen ausgeglichen, bei rund 3% stabilisieren.

Die REPs können sich damit auf einen relativ hohen Sockel an Stammwählern stützen, was angesichts ihrer inneren Entwicklung und gegenwärtig fehlendem Polarisierungsthema (1992: „Asylfolg“) nicht selbstverständlich war. Die bundesweiten Zerfallserscheinungen scheinen gestoppt. Es gelang den REP, ihre Mitglieder zu mobilisieren: in großem Aufwand wurde die Stadt mit Plakaten vollgekleistert und viele Stände und Steckaktionen („Keine Diätenerhöhungen! Sondern Arbeitsplätze und Wohnungen“) durchgeführt.

Auch die teilweise stümperhafte, von persönlichen Querelen gekennzeichnete Arbeit der REP-Stadträte und BVV-Fraktionen sowie die Zusammenarbeit mit offen faschistischen, teilweise verbotenen Gruppen (FAP, u.a.) wirkten sich nicht vernichtend aus.

Die Nationalen, ein Sammlungs- und Auffangbecken von Faschisten aus verschiedenen (teilweise verbotenen) Organisationen (Deutsche Liga, NA, DA, FAP, Nationale Offensive) hatte sich mit jeweils einer Direktkandidatur zum Abgeordnetenhaus in Tiergarten und Treptow an der Wahl beteiligt. Sie erhielt in Tiergarten 58 Stimmen (0,3%) und in Treptow 118 (0,7%). Vorl. Ergebnis des Landeswahleiters (ard)

Das schwarz-braune Lager ist nach den Berliner Wahlen nicht geschwächt

Die PDS erzielte einen Erfolg im Osten, scheiterte aber erneut im Westen

Vergleicht man die absoluten Stimmenergebnisse bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus mit jenen der letzten Bundestagswahlen, so haben die CDU und die „Republikaner“ zusammen ca. 21.000 Stimmen dazugewonnen. Das rechte, schwarz-braune Lager ist nicht geschwächt, sondern gestärkt. CDU-Generalsekretär Hintze am Wahlabend: „Sie sehen mich glücklich“. Lediglich die FDP stürzte von 100.649 Stimmen bei den Bundestagswahlen auf 42.431 Stimmen ab, und die „Republikaner“ verloren ihre 1990 erreichten Mandate in den Bezirksvertretungen.

Auch die Grünen erzielten absolute Stimmengewinne gegenüber 1994. In Westberlin wurden sie in Kreuzberg stärkste Fraktion in der Bezirksvertretung, und auch in Ostberlin erreichten sie ein zweistelliges Ergebnis bei den Abgeordnetenhauswahlen.

Die SPD dagegen kommt um eine inhaltliche Strategiediskussion nicht mehr herum. Die These der Spitzenkandidatin Stahmer von der angeblich guten Sachpolitik, die wegen der Bonner Personalquereien vom Wähler nicht honoriert worden wäre, ist glatter Selbstbetrug. Im Gegenteil ist die Sachpolitik der SPD beim Wähler sehr genau wahrgenommen und entsprechend quittiert worden: Die Mitwirkung bei der Standort- und Treuhandpolitik von Bundesregierung und Konzernen, die Zustimmung zur Aufhebung des Asylrechts, zum großen Lauschangriff und zu Bundeswehreinsätzen im Ausland, in Berlin die Zustimmung zum Landesamtsamt, das Einknicken vor Innensenator Heckelmann und seiner rechtsradikalen Truppe angeblicher „Staats-schützer“. Genau diese immer weiter nach rechts treibende Politik hat die SPD zu dem Berliner Desaster geführt.

Die PDS hat ihr Bundestagswahlergebnis nicht erreicht, sie fiel absolut von 289.517 Stimmen bei der Bundestagswahl auf 244.294 Stimmen jetzt bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus. In Prozenten: 14,8% Berlin-weit bei den Bundestagswahlen, 14,6% zum Abgeordneten-

haus. Im Westen Berlins verlor sie gegenüber der Bundestagswahl fast ein Drittel ihrer Stimmen.

Trotzdem: Die Ergebnisse im Ostteil der Stadt zeigen, daß die Partei dort trotz aller Verfolgung und Hetze durch die Unionsparteien, SPD und manche Bündnisgrüne fest in der Bevölkerung verankert ist. Das ist ein wichtiger Erfolg, der vor allem auf den unermüdlichen Einsatz von zahlreichen Mitgliedern für die Interessen der sozial Schwachen, für die von den Bonner und Berliner Wende- und Treuhandpolitikern überfahrenen, gedemütigten, enteigneten, verfolgten Menschen in dieser Stadt zurückgeht. Die wahre Stärke der PDS im Osten liegt dort in ihren Basisaktivitäten für gerechte, emanzipatorische Anliegen der Menschen.

Im Westen liegen die Ergebnisse der

PDS bei den BVV-Wahlen dagegen überall unter den Ergebnissen für das Abgeordnetenhaus. In Kreuzberg stimmten 2.811 Personen (= 5,3%) für die PDS-Liste zum Abgeordnetenhaus, aber nur 2.504 Personen (= 4,7%) für die PDS-Kandidatur im Bezirk, so daß am Ende 150 Stimmen für den Einzug in die Bezirksvertretung (BVV) fehlten.

Kreuzberg war nach Bremen vom PDS-Bundesvorstand auserkoren, zweiter Musterbezirk für den Westen zu werden. Wahlkampfstrategen wie Udo Wolf haben auf Kreuzberg gesetzt, Claudia Gohde, Mitglied des Bundesvorstandes, war persönlich in die Kreuzberger BO eingetreten. Mißliebige Mitglieder der Kreuzberger BO wurden zur Zielscheibe einer Verleumdungskampagne gemacht, nur noch sogenannte „vorzeigbare“ Persönlichkeiten sollten das

Bild der Partei nach außen prägen.

Doch der Glanz von Claudia Gohde Udo Wolf und dem PDS-Bundesvorstand im Hintergrund war nur matthe Schein. Nach dem Bremer Debakel jetzt der Reinfall in Kreuzberg. Die PDS ist diesem Bezirk erlitt beinahe eine Halbierung der für sie abgegebenen Stimmen, verglichen mit dem Ergebnis der Bundestagswahl. Ob diesmal die Botschaft beim PDS-Bundesvorstand ankommt? Ob diesmal wahrgenommen wird, daß diktierte Konzepte von oben, die die oft mühsam aufgebaute Kooperation verschiedener sozialistischer Richtungen in der PDS immer wieder beschädigen, die Arbeit der Basis nur zerstören?

Der PDS-Aufbau im Westen kann nur „von unten“ gelingen. Er kann nur gelingen, wenn und soweit es der PDS gelingt, sich mit der Vielfalt sozialistischer, antifaschistischer, antimilitaristischer und emanzipatorischer Politik im Westen dieser Republik wirklich politisch zu verbinden. Das Hineinregieren von Vorständen in die Politik von Basisorganisationen mit Geld, Leuten, Postversprechungen usw., um sie „auf-Linie zu bringen“ und unerwünschte Personen, Richtungen bis hin zu ganzen Landesverbänden auszugrenzen, ist Gift für die Partei und muß endlich aufhören.

Dann könnte man/frau sich vielleicht auch über ein paar Sachthemen einigen. Zum Beispiel, wie der seit über 20 Jahren andauernden Entziehung von mehreren Millionen Menschen ohne deutschen Paß entgegengetreten werden kann. Wie die immer weiter zunehmende Armut und Obdachlosigkeit bekämpft werden kann. Wie der immer weiter um sich greifenden Polizeimacht entgegenzutreten ist, der Diskriminierung der Frauen, der Militarisierung der Außenpolitik, wie der deutsch-türkische Krieg gegen die Kurden endlich anzuhalten ist usw. Denn darüber muß sich nicht nur die PDS selbst verständigen, darüber muß auch ein Dialog mit Leuten aus den Grünen und aus der SPD dringend gesucht werden.

(brr, rü)

Bundestagswahl 1994 und Abgeordnetenhauswahl 1995 in Berlin im Vergleich

Partei	Abgeordnetenhauswahl 1995		Bundestagswahl 1994		Differenz	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
CDU	625.114	37,4%	612.217	31,4%	+12.897	+6,0%
davon:						
Berlin-West:	480.581	45,4%	467.347	38,7%	+13.234	+6,7%
Berlin-Ost:	144.533	23,6%	144.870	19,5%	-337	+4,1%
SPD	393.518	23,6%	663.081	34,0%	-269.563	-10,4%
davon:						
Berlin-West:	270.032	25,5%	417.284	34,6%	-147.252	-9,1%
Berlin-Ost:	123.486	20,2%	245.797	33,1%	-122.311	-12,9%
GRÜNE	219.998	13,2%	199.206	10,2%	+20.790	+3,0%
davon:						
Berlin-West:	158.680	15,0%	148.263	12,3%	+10.417	+2,7%
Berlin-Ost:	61.318	10,0%	50.945	6,9%	+10.373	+3,1%
PDS	244.294	14,6%	289.517	14,8%	-45.223	-0,2%
davon:						
Berlin-West:	22.449	2,1%	31.357	2,6%	-8.908	-0,5%
Berlin-Ost:	221.845	36,3%	258.160	34,7%	-36.315	+1,6%

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Der Landeswahlleiter

Schluß mit dem Sozialabbau!

Das „Soziale Netzwerk“ Neubrandenburg protestiert gegen den Sozialabbau. Von Barbara Borchardt

Unter dem Motto „Schluß mit dem Sozialabbau“ rief das „Soziale Netzwerk“ Neubrandenburg nun schon zum dritten Male Bürgerinnen und Bürger der Region Neubrandenburg zum Protest gegen den weiter voranschreitenden Sozialabbau, der von der Bundesregierung betrieben wird, auf.

Das „Soziale Netzwerk“ Neubrandenburg entstand 1993 als Ergebnis der in diesem Jahr auf Initiative des Arbeitslosenverbandes Deutschland, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. gegründeten Aktionsbündnisses zur Vorbereitung des „Tages der Erwerbslosen“.

Soziale Vereine und Verbände, der DGB, Einzelgewerkschaften und Parteien wie SPD und PDS engagieren sich seitdem mit unterschiedlichen Aktionen und Veranstaltungen in Neubrandenburg für die Erhaltung des sozialen Friedens in der Stadt, gegen die Diskriminierung von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängerinnen.

Jährlich werden besonders zum „Tag der Erwerbslosen“ Aktionen durchge-

führt, wo gemeinsam auf die entstandene Situation in der Region und die vorgesehenen Maßnahmen der Bundesregierung aufmerksam gemacht wird.

So sammelten wir im Jahre 1993 Pfenninge für die „arme Bundesrepublik“ und übergaben sie dem Bundesfinanzminister in Bonn.

1994 führten wir einen Protestmarsch durch, an dem sich rund 300 Bürgerinnen und Bürger beteiligten, und organisierten Gesprächsrunden mit den verantwortlichen Politikern der Stadt, um sie über ihre Vorstellungen gegen Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit zu befragen.

In diesem Jahr haben wir seit Anfang Oktober in unterschiedlichen Veranstaltungen der Mitglieder des „Sozialen Netzwerkes“ auf die entstandene Situation aufmerksam gemacht, durch Beratungsangebote konkrete Hilfe und Unterstützung angeboten und versucht, die Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, sich unserem Protest anzuschließen.

Zum Abschluß organisierten wir am 27. Oktober vor dem Rathaus Neubrand-

enburg eine Mahnwache mit Informationsständen, an der sich alle Mitglieder des „Sozialen Netzwerkes“ Neubrandenburg beteiligten.

In persönlichen Gesprächen haben wir versucht, besonders Nichtbetroffene für dieses Thema zu sensibilisieren.

An diesen Informationsständen haben sich auch Stadtvertreter der Ratsversammlung Neubrandenburg (PDS, SPD) beteiligt, die Rede und Antwort standen.

Den Höhepunkt zum Abschluß der Aktionswochen bildete ein Podiumsgespräch, zu dem wir alle Abgeordneten des Bundes- und Landtages der Region Neubrandenburg eingeladen hatten. Dieses Podiumsgespräch stand unter dem Motto „Ein Jahr nach den Wahlen – nachgefragt“.

Leider haben alle Abgeordneten des Bundestages und alle Abgeordneten des Landtages der Fraktion der CDU abgesagt. Natürlich stellten wir die Frage: Scheuen sie angesichts der Regierungspolitik ihrer Partei in Bonn und Schwerin die Auseinandersetzung? Die Teilnehmer haben sich diese Fra-

ge sicher selbst beantwortet.

Obwohl sich (nur) Abgeordnete der PDS und der SPD, darunter der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herr Hinrich Küssner, den Fragen von rund 130 Bürgerinnen und Bürgern der Region stellten, war es eine interessante Diskussion.

Es kamen Fragen wie, was wird die SPD gegen die vorliegenden Gesetzentwürfe im Bundestag unternehmen, warum die SPD in Mecklenburg-Vorpommern in die große Koalition gegangen ist, wie die Parteien und ihre Vertreter im Parlament versuchen, die Wahlversprechungen in bezug auf Beseitigung der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit zu erfüllen.

Befriedigende Antworten, und da waren sich alle einig, gab es leider von Seiten des Sozialministers kaum, aber das hat wohl auch niemand erwartet.

Eines ist den Verantwortlichen aber sicherlich klar geworden, die Bürgerinnen und Bürger werden ihnen keine Ruhe lassen und nehmen sie sehr wohl beim Wort.

Im Streit um die künftige Tarifpolitik drohen wichtige Forderungen unterzugehen

3. Gewerkschaftstag der IG Medien verwirft Tarifantrag des Vorstands

„Zu schwammig“ befanden die Delegierten des 3. Gewerkschaftstages der IG Medien den vorgelegten Antrag des Hauptvorstands zur Tarifpolitik und wiesen ihn zur Überarbeitung an die Tarifkommissionen zurück.

Damit endete wohl zum ersten Mal ein Gewerkschaftstag ohne die Verabsiedlung eines Dokuments, das die grundlegende Aufgabe der Gewerkschaft – die Tarifpolitik – für die gesamte Organisation und den neu gewählten Vorstand verbindlich festlegt. Kurze Zeit vorher hatten die Delegierten ihren Ersten Vorsitzenden Detlef Hensche mit 93 Prozent wiedergewählt. Diese zwei scheinbar widersprüchlichen Entscheidungen werfen ein Schlaglicht auf die Krise, in der sich die IG Medien befindet. Wie alle Gewerkschaften leidet sie unter Mitgliederschwund und Geldmangel; sie muß ihre Struktur den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen anpassen, und sie muß aber auch die Lehren aus der harten Niederlage im Druckerstreik 1994 ziehen.

„Die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert“, beginnt der abgelehnte Antrag zur Tarifpolitik. Er verweist auf die über sieben Millionen Erwerbslosen, die immer größere Armut, die sich in der Bundesrepublik ausbreitet, und folgt: „Die Bedingungen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen verschlechtern sich; das gilt selbst für die Fähigkeit, bestehende Regelungen abzusichern.“ Nach dem Hinweis auf die wachsende Tendenz zur Tarifflucht durch die Unternehmer stellt der Antrag fest, daß sich „die Tarifpolitik in einer bisher nicht bekannten Defensive befindet“. Diese markiert eine grundstürzende Umbruchssituation in der Nachkriegsgeschichte – Die Gewerkschaft steht vor der Notwendigkeit der Neu-Konzeption ihrer Tarifpolitik.“ Dramatischer könnte man die Lage nicht beschreiben.

Vor drei Jahren hatte der 2. Gewerkschaftstag der IG Medien seinen Be-

schluß zur Tarifpolitik mit einer ähnlichen Lagebeschreibung begonnen: hohe Arbeitslosigkeit, drastische Einschnitte ins Sozialsystem, Deregulierung, Verbandsflucht der Unternehmer. Aber damals zählte der Beschuß erfolgreiche Arbeitskämpfe auf (in der Druckindustrie 1989 für das freie Wochenende und besseren Gesundheitsschutz, 1990 für die 35-Stunden-Woche; 1991 für einen Volontärstarifvertrag, in der Papierverarbeitung für einen neuen Manteltarifvertrag, 1991 und 1992 in der Druckindustrie und den Verlagen in den neuen Bundesländern) zum „Beweis, daß tarifpolitische Erfolge auch unter erschwerten Bedingungen möglich sind. Diese Politik gilt es auszubauen und fortzusetzen.“

Zwischen dem optimistischen Beschuß des 2. Gewerkschaftstages und dem abgelehnten Antrag des 3. Gewerkschaftstages zur Tarifpolitik liegt für die IG Medien die deprimierende Erfahrung des verlorenen Arbeitskampfes um den Manteltarifvertrag in der Druckindustrie. Im Leitantrag zur Tarifpolitik 1992 waren als Ziele unter „Chancen '99“ benannt: bessere Tarifnormen für Schichtarbeiter und Schichtarbeiterinnen, Regelungen zur Frauengleichstellung, Kontrolle des Leistungspensums im Betrieb, den betrieblichen Alltag demokratisieren.

Trotz Streiks mußte die Gewerkschaft am Ende froh sein, daß die alten Regelungen wieder in Kraft gesetzt wurden. Detlef Hensche übte öffentliche Selbstkritik: die Forderungen – Tarifrente für Schicht- und Nachtarbeit, Gesundheitsschutz und Beteiligungsrechte am Arbeitsplatz, Frauengleichstellung – seien richtig, aber zum falschen Zeitpunkt gestellt worden. Das hat ihm schon vor dem Gewerkschaftstag heftige Kritik in der Organisation eingetragen.

Aus dieser Niederlage zieht der abgelehnte Antrag zur Tarifpolitik in den Teilen „Grundsätze“ und „Schwerpunkte der Tarifpolitik der IG Medien“ die Konsequenzen – vor allem durch das Weglassen von Forderungen:

○ Im Punkt „Einkommen sichern und erhöhen“ heißt es 1995 wie 1992: „Die IG Medien hält am Konzept der aktiven Tarifpolitik fest.“ Aber 1995 fehlt der Satz: „Um ein weiteres Auseinanderklaffen zwischen den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und den höchsten Lohn- und Gehaltsgruppen zu verhindern, sind die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen überproportional anzuheben.“

○ Beim Punkt: „Kürzere Arbeitszeit und individueller Gestaltungsspielraum“ fehlt: „Bei der Verteilung der Arbeitszeit im Betrieb gilt für den Regelfall weiterhin der Grundsatz der täglichen Arbeitszeitverkürzung.“ Auch fehlt die Forderung nach 30 Minuten bezahlter Pause bei Dreischichtarbeit. Festgehalten wird aber an der notwendigen zusätzlichen Verkürzung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter und Schichtarbeiterinnen

durch kürzere Wochenarbeitszeit, geltenden und vorzeitigen Übergang in die Rente. Ebenso fehlt 1995: „Die IG Medien lehnt flexible Arbeitszeiten, d. h. die Anpassung der Arbeitszeit an die jeweils wechselnde Auftragslage bzw. die jeweilige Produktionsauslastung ab.“

○ Bei der Forderung nach „Absicherung von mehr Zeitsouveränität“ ist 1995 neu aufgenommen worden: „Dabei gehören auch Zeitsysteme auf der Basis von Arbeitszeitkonten.“

○ Beim Punkt „Neue Technik/Rationalisierungsschutz“ heißt es 1992: „Mitbestimmung des Betriebsrates/Personalrates bei Planung, Einsatz und Betrieb von Maschinen/Geräten, Anlagen und Systemen sowie bei der Gestaltung der Arbeitsinhalte, Arbeitsabläufe und Arbeitsorganisation einschließlich der Erstellung der Stellenpläne“. 1995 heißt das: „Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats/Personalrates bei der betrieblichen Gestaltung der Arbeitsorganisation unter Berücksichtigung tarifvertraglicher Rahmenvorgaben“.

Wegelassen wurden auch die Forderungen: „Einflußnahme auf das Leistungspensum, Verhinderung physisch und psychisch nicht zumutbarer Lei-



stungsverdichtung sowie als Ausgleich für besonders belastende Arbeiten bezahlte Erholungspausen“ sowie „Vetorecht des Betriebsrats bei der Einführung technischer Verfahren zur Erfassung, Speicherung und Verwertung von auf Einzelpersonen oder Gruppen bezogener oder beziehbarer Daten“. Dafür wird neu gefordert: „Verbesserung des Anspruchs der Beschäftigten auf Qualifikation“.

○ Neu eingeführt wurde ein Punkt „Teleheimarbeit“, in dem Mindestbedingungen für solche Arbeitsformen gefordert werden.

Da alle anderen Teile in den „Schwerpunkten“ 1995 identisch mit denen von 1992 sind, kann man nicht im Ernst davon sprechen, daß der Tarifantrag „schwammig“ wäre. Denn die weggelassenen Forderungen weisen auf zwei Schwerpunkte hin, in denen der Hauptvorstand der IG Medien eine Korrektur der bisherigen Tarifpolitik versucht: Absicherung der unteren Lohngruppen und Flexibilisierung der Arbeitszeit. Tatsächlich ist hier gründliche Auseinandersetzung gefordert, denn die Aufgabe von Mindeststandards wird nicht helfen, die komplizierteren gesellschaftlichen Strukturen zu verstehen und sich in ihnen zu bewegen.

(ulk)

Streikposten legen die SEAT-Werke Martorell und Zona Franca lahm

Die Streikposten der Arbeiter von SEAT legten seit den frühen Morgenstunden (des 14.10.95) die beiden SEAT-Werke in Barcelona – Martorell und Zona Franca – lahm, nachdem die Geschäftsleitung vorgeschlagen hatte, wegen der Inca-Bestellungen während eines Feiertages zu arbeiten. In Martorell standen 400, in Zona Franca 100 Menschen Streikposten. Ca. 2500 Menschen sollten zur Arbeit kommen.

Die Gewerkschaften weigern sich, der Arbeit an Feiertagen zuzustimmen, solange die Direktion nicht die 10 Tage Kurzarbeit zurücknimmt, die ihr bis Ende des Jahres zur Verfügung stehen. In diesem Punkt sind sich die drei im Betriebsrat vertretenen Gewerkschaften UGT, CCOO und CGT einig. Die Geschäftsleitung beantragte und erhielt von der „Generalitat“ (Landesregierung von Katalonien) die Erlaubnis, für 9000 Arbeiter bis zu höchstens 15 Kurzarbeitstage festzulegen. Bisher gab es 5 Kurzarbeitstage für 7877 Beschäftigte. Die Belegschaft besteht aus 13000

Personen, verteilt auf die beiden Werke. Die Kurzarbeitsregelung wird von Unternehmen benutzt, um die Zunahme von Lagerbeständen zu verhindern, die sich ergibt, wenn die Verkäufe sinken.

El País, 15.10.1995 (Übersetzung aus CL)



Neues AZO-Gesetz wirkt: 175mal Sieben-Tage-Woche genehmigt

Ein Bericht des Bundesarbeitsministeriums zu den Auswirkungen des neuen Arbeitszeitgesetzes befaßt sich mit der Genehmigungspraxis der Bundesländer im Bereich der Sonntagsarbeit nach § 13 Abs. 5 ArbZG. Nach Inkraft-

treten des Gesetzes sind bis zum 1. Juni 1995 insgesamt 175 Genehmigungen auf Grundlage dieses Paragraphen erteilt worden.

Die gesetzliche Grundlage für die Genehmigungspraxis hat sich im vergangenen Jahr einschneidend verändert. Bis dahin konnten Produktionsunternehmen eine Genehmigung nur erhalten, wenn sie aus technischen Gründen notwendig war. Dieses galt beispielsweise für die Glas- und Papierindustrie und für bestimmte Bereiche der chemischen Industrie.

Das jetzt geltende Arbeitszeitgesetz ermöglicht dagegen eine Durchproduktion an Sonn- und Feiertagen aus rein wirtschaftlichen Gründen. Nach der heutigen Vorschrift hat die Aufsichtsbehörde eine Bewilligung zu erteilen, wenn bei einer weitgehenden Ausnutzung der gesetzlich zulässigen wöchentlichen Betriebszeiten und bei längeren Betriebszeiten im Ausland die Konkurrenzfähigkeit unzumutbar beeinträchtigt ist und durch Genehmigung von Sonn- und Feiertagsarbeit die Beschäftigung gesichert werden kann.

Zu denjenigen Konzernen, die solche „Konkurrenzgründe“ zwecks Profit-

maximierung vorbringen, gehören in der BRD insbesondere auch die diversen Reifenhersteller. So gilt im saarländischen Werk von Michelin bereits seit einiger Zeit die Sieben-Tage-Woche. Michelin Karlsruhe produziert seit Oktober vollkontinuierlich. Pirelli in seinem Werk Breuberg im hessischen Odenwald hat ebenfalls eine Sondergenehmigung des Regierungspräsidenten in Darmstadt, verhandelt mit dem Betriebsrat über die Ausgestaltung (Schichtpläne und Bezahlung) und hat die Einstellung von 200 Arbeitskräften angekündigt.

Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes haben von den 33 Millionen Erwerbstägigen in Deutschland etwa 38 Prozent flexible Arbeitszeiten, Samstagsarbeiten rund 32 Prozent, sonn- und feiertags 17 Prozent. Nachtsarbeiten 13 Prozent der Beschäftigten.

Trotz der bereits erfolgten 175 Genehmigungen behauptet das Bundesarbeitsministerium, es sei nicht mit dem von Gewerkschaften und Kirchen befürchteten Dammbruch bei der Sonntagsarbeit zu rechnen. Vielmehr sei die Zahl der an Sonn- und Feiertagen Arbeitenden seit 1989 sogar leicht zurückgegangen. (mio)

Baugewerbe

Einstieg in das ganzjährig gesicherte Einkommen teuer erkauft

Mitte November wollen die Tarifparteien des Baugewerbes den neuen Vertrag zum ganzjährig gesicherten Einkommen unterzeichnen. Dieser Tarifvertrag ist nötig geworden, da die Bundesregierung das Schlechtwettergeld für witterungsbedingten Arbeitsausfall zum 1.1.96 abgeschafft hat. Diese Regelung garantierte jedem Bauarbeiter, bei Arbeitsausfall im Zeitraum vom 1. November bis zum 31. März, Ersatzleistungen in Höhe des Arbeitslosengeldes. Ab Januar 1995 wird nach der neuen Regelung, bei Arbeitsausfall ein Überbrückungsgeld bezahlt in Höhe von 75% des Bruttoeffektivlohnes plus 2,- DM Wintergeld netto pro Stunde. Damit werden knapp 90% des Lohnes erzielt. Die Unternehmer bekommen 20% des Überbrückungsgeldes von den Sozialkassen des Baugewerbes zurückstattet. Diese Regelung gilt für 151 Stunden monatlich. Für die Ausfallstunden darüber hinaus hat die Bundesregierung zugesagt, weiter Schlechtwettergeld zu zahlen. Damit ist die Gefahr der Saisonarbeit weg, die Beteiligung der Arbeiter an der Finanzierung einer Abdeckung unternehmerischen Risikos jedoch hoch. Diese Beteiligung sieht wie folgt aus:

Für jede Stunde Arbeitsausfall wird eine Viertelstunde vom Urlaub abgezogen, bis zu fünf Urlaubstage. Bei der im Winter neu zugrunde liegenden Arbeitszeit von 7,5 Std. täglich bedeutet das: bei 30 Stunden Arbeitsausfall ein Tag Urlaubsanrechnung oder bei 20 Tagen Arbeitsausfall (150 Std.) fünf Tage Urlaubsanrechnung.

Der Lohnausgleichszeitraum (arbeitsfreie, bezahlte Tage ohne Urlaubsanrechnung) zwischen Weihnachten und Neujahr wird gekürzt auf den 24. und 31.12. Je nach Lage der Feiertage sind das drei oder vier freie Tage weniger.

Der Winterausgleich, eine Einmalzahlung im März, fällt weg. Dieser betrug 5,5% vom Urlaubsgeld (rund 500 DM brutto), und galt als Ausgleich für Einkommensverluste durch Schlechtwettergeld.

Hinzu kommt die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Von der 13. bis zur einschließlich 43. Kalenderwoche wird sie ab 1996 wöchentlich 40 Stunden, für die übrigen Monate 37,5 Stunden betragen. Im Jahresmittel bleibt es bei der 39-Stunden-Woche. Damit sind die aggressiven Forderungen der Kapitalisten nach der totalen Flexibilisierung von 0 bis 60 Stunden wöchentlich und der Samstagsarbeit vom Tisch.

Dennoch ist es ein Einstieg und der frühere Freitagsfeierabend im Sommer ist dahin. Bedenklich ist auch, daß ab 1. April 1996 eine betriebliche Flexibilisierung bis zu acht Monaten vereinbart werden kann. Voraussetzung dafür ist eine Betriebsvereinbarung und ein Arbeitszeitplan, der 14 Tage vorher anzukündigen ist und jedem Arbeiter ausgehändigt werden muß. Ob, wie die Gewerkschaft meint, die Unternehmer dies hohen bürokratischen Aufwand sowieso scheuen werden, bleibt abzuwarten.

Die im Arbeitsförderungsgesetz enthaltene Bestimmung über die Bezahlung von 2 DM Wintergeld pro Arbeitsstunde ist mit der Abschaffung des SWG auch abgeschafft. Ab 1996 werden, laut neuem Tarifvertrag, die Unternehmer die 2 DM bezahlen, allerdings nur noch im Zeitraum vom 15. Dezember bis zum 28. Februar. Das sind anderthalb Monate weniger als bisher, also ungefähr 240 Arbeitsstunden, und bedeutet

so für jeden Arbeiter rund 480 DM netto weniger.

Wer also, wie die vielen Beschäftigten im Innenausbau, fast nie Arbeitsausfall hat, verliert trotzdem den Lohn- und den Winterausgleich. Wer viel Arbeitsausfall hat, bekommt zwar eine höhere Ersatzleistung als vorher, verliert aber fünf Tage Urlaub. Es sind die wenigsten die soviel Ausfall haben, um die Lohnverluste durch die rund 3 DM mehr Ausfallgeld als vorher wieder reinzubekommen.

Auf der Verbandssitzung aller Gelsenkirchener Kreisverbände der IGBSE wurde dieser Kompromiß heftig kritisiert und von einer starken Minderheit, wenn nicht der Mehrheit, spontan abgelehnt. Viele waren darüber verbittert, daß die Gewerkschaft keine Kampfmaßnahmen vorbereitet hat. (tja)

Firma Möbelum

Betriebsrat unerwünscht

Bei Möbelum Freiburg versucht die Firmenleitung mit allen Mitteln, die Wahl eines Betriebsrates zu verhindern. So wurden in der letzten Zeit sechs Leute zunächst fristgerecht zum 30.11. gefeuert. Die MitarbeiterInnen ließen sich aber auch über Hausverbote und selbst durch den Rauswurf einer Mitarbeiterin durch die Polizei nicht davon abhalten, die Wahl des Betriebsrates einzuleiten. Am 10. Oktober wurde den Gekündigten auf der Betriebsversammlung von der Belegschaft die Solidarität ausgesprochen, als alle Gekündigten in den Wahlvorstand gewählt wurden.

Der Wahlvorstand ist der erste Schritt auf dem Weg zum Betriebsrat. Die Gekündigten gingen sofort mit einer einstweiligen Verfügung gegen die in der Kündigung ausgesprochenen Freistellung vor, um sich nicht von den noch im Betrieb Beschäftigten abspalten zu lassen.

In der Folge wurde von Seiten der Geschäftsleitung der Wahlvorstand ständig gegängelt und in seiner Arbeit behindert. So wurde gegen den Wahlvorstandsvorsitzenden bei der Ausübung seiner Tätigkeit am 13.10. ein Hausverbot verhängt. Der Provokation nicht genug setzte die Firmenleitung am Wochenende eins drauf und kündigte ihn sogar noch einmal und diesmal fristlos. Über eine einstweilige Verfügung der Gekündigten auf Weiterbeschäftigung und über eine mögliche gütliche Einigung wurde heute im Arbeitsgericht Freiburg verhandelt.

Die Güteverhandlung, die einen Kompromiß und Deeskalation im Konflikt um den Betriebsrat herbeiführen sollte, scheiterte, da die Vertretung der Firmenleitung nicht bereit war, die Kündigungen zurückzunehmen. Herr Feldhaus, Besitzer der Ladenkette Möbelum und Blue Möbel, war zwar geladen, ließ sich aber entschuldigen wegen Krankheit. In der dann anschließenden Verhandlung über die Weiterbeschäftigung versuchte Frau Liebscher, die Anwältin des Firmenleiters, die Kündigungen als betriebsbedingt darzustellen. Mit den Bestrebungen der Beschäftigten, einen Betriebsrat zu installieren, habe dies gar nichts zu tun. Es seien einfach zuviel Arbeitskräfte angestellt, so daß ihr Mandant einige entlassen mußte und bis zum 30. November auch noch freistellte, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich eine neue Arbeit zu suchen.

Unpassend kam für sie daher der Hinweis der Gekündigten, daß Möbelum Freiburg im September im Anzeigenblättchen „Zypresse“ inserierte, um weitere Arbeitskräfte anzuheuern. Da sich Frau Liebscher ihrer Aussage nach selbst wegen des Fernbleibens von

Herrn Feldhaus in einem „Informationsdefizit“ befand und sich zu den einzelnen Vorgängen teilweise gar nicht oder nur äußerst unzureichend äußern konnte, wurde sich im Falle von vier Angestellten sofort geeinigt, sie wieder arbeiten zu lassen. Dies zunächst bis zum 30. November. Gleichwohl wurde festgelegt am 5. Dezember über die Rechtmäßigkeit der Kündigungen zu entscheiden. Ein erster Sieg der Beschäftigten also.

Etwas anders sah es im Falle des fristlos gefeuerten Wahlvorstandsvorsitzenden und einer weiteren Mitarbeiterin im Wahlvorstand aus. Zuerst gab das Gericht gemäß dem Rechtsanwalt des fristlos Gefeuerten der Vertreterin der Geschäftsleitung zu verstehen, daß die fristlose Kündigung vom Wochenende juristisch unhaltbar sei. Da sie allerdings wie im Fall des anderen Wahlvorstandsvorsitzenden auf eine Entscheidung in der Frage der Weiterbeschäftigung drängte, wurde vom Gericht beobachtet, das am Abend zu entscheiden.

Alle Beteiligten gehen davon aus (auch die Firmenleitung selbst), daß das Gericht dem Antrag der einstweiligen Verfügung auf Weiterbeschäftigung nachkommt und auch die beiden letzten dann wieder ihrer Arbeit regulär nachgehen, bis über die Kündigungen entschieden ist. So wird auch er und das zweite Mitglied des Wahlvorstandes aller Wahrscheinlichkeit nach bis Ende November weiterbeschäftigt.

Wieder eingestellt wurde heute zunächst noch niemand, lediglich die sogenannten Freistellungen wurden zurückgenommen. Inwieweit die Kündigungen überhaupt haltbar sind, das ist Thema eines weiteren Prozesses Anfang Dezember – übrigens, zur großen Freude von Herrn Feldhaus, 5 Tage nach der geplanten Betriebsratswahl.

Die Wahl sowie die Aufstellung der Gekündigten zum Betriebsrat bei Möbelum in Freiburg kann allerdings mit solcherlei Maßnahmen nicht verhindert werden.

(Pressemitteilung von Radio Dreyeckland)

IBM Deutschland

Hardwareproduktion in Sindelfingen / Böblingen wird abgestoßen

Angesichts der Umwandlung des IBM-Konzerns von einem Computerbauer zu einem Dienstleistungsanbieter der Informationstechnologiebranche sei die Produktion nur noch „ein Klotz am Bein“, erklärte vor drei Jahren der damalige IBM-Deutschland-Chef Henkel. Die Herstellung von Rechnerkomponenten in eigenen Werken sei nicht mehr „strategisch“. Gerade der Standort Sindelfingen/Böblingen bekam das zu spüren.

Stellte dort 1990 noch 5600 Leute Leiterplatten, Speicherchips und keramischen Chipträgern her, so waren es drei Jahre später schon ein Drittel weniger. Nichtverlängerung von 800 Zeitverträgen und rund 1000 Vorruhestandsangebote sorgten dafür.

Nun ging es erst richtig los: Dem Werk wurden der Halbleiter- und Leiterplattenbereich als rechtlich selbständige Firmen mit je 900 Beschäftigten ausgliedert, der verbleibende Rest (die Elektrokeramik, Rechenzentren und andere produktionsnahe Unterstützungsfunctionen) systematisch heruntergefahren: Umorganisation in andere Konzernunternehmen, Vorruhestandsprogramme ab dem 50. Lebensjahr, diverse Abfindungsprogramme für die Jüngeren, Umschulungen von Fertigungsingenieuren zu extern einsetzba-

ren Unternehmensberatern und ähnliche „sozialverträgliche“ Maßnahmen ließen die Belegschaft binnen weniger Monate um weitere 700 Menschen ab schmelzen.

Protest gab es dann aber doch, als Anfang 1994 die Streichung von weiteren 900 Arbeitsplätzen abzusehen war. Beschäftigte demonstrierten vor der Werkstore. Daß es nicht mehr wahr lag an der Spaltungsstrategie der Geschäftsleitung: Lediglich Teile der Keramikproduktion würden aufgegeben, es gebe großzügige Abfindungs- und Ruhestandsregelungen, die „guten“ Mitarbeiter hätten sowieso nichts zu befürchten und außerdem sei ja noch gar nichts entschieden... Tatsächlich sprach bald darauf die Firma – erstmal in der Geschichte der IBM Deutschland – betriebsbedingte Kündigungen für jene Beschäftigten aus, die die Abfindungsangebote für unattraktiv hielten. Für die Übriggebliebenen konnten unter der Fahne „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes“ fast alle überbetrieblichen Gehaltsleistungen gestrichen werden.

Die Perspektive vor allem des Halbleiterwerkes war nicht rosig. Die Herstellung der nächsten wie auch übernächsten Chipgeneration wurde von der IBM-Zentrale nicht nach Böblingen vergeben, so daß nach Ablauf der 4-Megabit-Chips 1996 ein Ende wahrscheinlich war. Das Werk wurde zum 1.3.95 an den niederländischen Elektromulti Philips verkauft und produziert derzeit mit 700 Beschäftigten Speicherchips für IBM und Logikchips für Philips. IBM hält noch eine Minderheitsbeteiligung von 49 Prozent am jetzt SMST genannten Werk. Dank der unerwartet hohen Chip-Nachfrage auf dem Weltmarkt wurde nun doch ein Investitionsprogramm von 270 Mio. DM aufgelegt, so daß der Bestand für die nächsten Jahre einigermaßen gesichert ist.

Auch das heute STP genannte Leiterplattenwerk von IBM als Europas größte und modernste Anlage dieser Art geplante, wurde zum Verkauf ausgeschrieben. Wie ein Treppenwitz mutet an, daß die Verkaufsverhandlungen ausgerechnet mit einem jener Lieferanten geführt werden, die von IBM jahrelang als Konjunkturpuffer und Reservoir billiger Arbeitskräfte genutzt wurden. Die Strickautomatenfabrik Mayer & Cie, Albstadt, hat 2000 Beschäftigte, davon bestreiten derzeit ca. 300 im Werksvertrag Inspektions- und Bestückungsaufgaben für IBM.

Obwohl die Tätigkeiten teilweise direkt im IBM-Werk ausgeführt wurden, waren die bei Mayer herrschenden Arbeitsbedingungen nie ein Thema für die Vertretungsorgane der IBM-Stammbelegschaft. Kommt jetzt die späte Rache? In der Tat weiß heute keiner der Noch-IBMer, ob, wo und zu welchen Bedingungen er bzw. sie in einem Vierteljahr arbeiten werden.

Bleiben noch die rund 550 Beschäftigten der nichtausgegliederten IBM-Restproduktion. Die Elektrokeramik soll auch an Mayer & Cie verkauft werden, die restlichen 400 Beschäftigten auf andere IBM-Tochterunternehmen aufgeteilt werden. Damit hätte sich IBM zum

Jahresende überwiegend „sozialverträglich“ vom Produktionsstandort Sindelfingen/Böblingen verabschiedet – die Abwicklung der Belegschaften übernehmen dann andere.

Auch außerhalb der IBM-Werke gibt es keine Ruhe. Hieß es vor Monaten noch, mit dem Reduzieren von 6000 Stellen in den Jahren 1994 und 1995 sei der Personalabbau bei IBM Deutschland erst mal beendet, sind jetzt wieder 1200 Streichungen in Hauptverwaltung und Niederlassungen für 1996 im Gespräch.



Die deutsche Ostexpansion und die Situation in der Tschechischen Republik

Von Dr. Emil Hruška, Partei Linker Block

Eines der Schwerpunktthemen der Diskussion auf der Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK am 14. und 15. Oktober in Köln war die Ostexpansion des deutschen Imperialismus und welche Aufgaben sich Sozialisten und Kommunisten im Widerstand gegen diese großdeutsche, völkische und revanchistische Politik stellen.

Zwei Vertreter/innen der tschechischen „Partei des Linken Blocks“ nahmen als Gäste an der Tagung teil und berichteten über die Situation in der Tschechischen Republik. Wir können einige der Beiträge von Dr. Emil Hruška hier dokumentieren. (rül)

Zur Taktik der sudetendeutschen Landsmannschaft

Sofort nach dem Novemberumbruch 1989 wurde die Tschechoslowakei ein Ziel des starken Drucks von der Seite der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Der Hauptfeind der Kräfte, die in dieser Organisation verbunden sind - der Sozialismus - war besiegt, und die Landsmannschaft hat sehr schnell ihre Taktik den neuen Bedingungen angepaßt. Die sudetendeutschen Amtsträger waren sich bewußt, daß sie nach wie vor die starke Unterstützung der bayerischen Regierung und der deutschen Bundesregierung haben werden und daß viele unter den tschechischen Rechten, die über Nacht an die Macht gekommen sind, die Zinsen für die Unterstützung, die sie früher von der Landsmannschaft bekommen haben, jetzt werden abzahlen müssen.

Die Hauptziele des sudetendeutschen Wirkens nach dem November 1989 waren:

1. Maximal zur Zerschlagung der Tschechoslowakei beizutragen;
2. In Böhmen die bestmögliche Position zu gewinnen und durch Anwendung aller Mittel die Verwirklichung ihrer Ziele zu erreichen.

Diese Ziele sind in der SL-Satzung so ausgedrückt: Den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen und den Anspruch der Volksgruppe und der einzelnen Landsleute auf Rückerstattung des geraubten Vermögens und die sich daraus ergebenden Entschädigungsansprüche zu vertreten (§ 3, Buchst. b, c). (Die Sudetendeutschen beanspruchen 130 Mrd. DM, d. Verf.)

Die Tschechoslowakei ist unter dem Jubel der Sudetendeutschen Ende 1992 zerfallen. Franz Neubauer hat auf diese Tatsache mit folgenden Worten reagiert: „Mit der Jahreswende ist das Ereignis nun Tatsache und Wirklichkeit geworden: Der Staat Tschechoslowakei und die Ideologie des Tschechoslowakismus gehören der Vergangenheit an ... Natürlich sind mit der Trennung in zwei Republiken nicht automatisch auch alle ungelösten Probleme der Vergangenheit verschwunden ... Den Tschechen bleibt das Problem der Sudetendeutschen, dem sie auf Dauer nun einmal nicht ausweichen können, und dessen Lösung für die neue Republik zu einem wichtigen Prüfstein werden wird.“ (1)

Die Substanz der neuen sudetendeutschen Politik hat prägnant der Staatssekretär a. D. und SL-Amtsträger Wolfgang Egerter ausgedrückt: „Dabei geht es vor allem darum, daß die SL die Zeichen der Zeit erkennt und prüft, welche Zeichen noch Bestand haben, was nichts mit Opportunismus zu tun hat. Die Erkenntnis, daß die Stabilität und die Förderung der Demokratien in den jungen Staaten des immer noch auseinanderbrechenden Ost- und Mittelosteuropas zutiefst deutsche Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen berührt, muß auch Richtschnur für das Handeln der SL sein, will sie erfolgreich die Interessen der ganzen Volksgruppe berücksichtigen. Jede Investition dort ist eine den deutschen Interessen dienende Investition.“ (2)

Was das zweite Hauptziel der SL an-

geht - also womöglich die beste Position in der Tschechischen Republik zu haben - ist der Weg zu seiner Verwirklichung durch verschiedene Aktivitäten geprägt, die von ganz primitiven Provokationen bis in die sogenannte hohe Politik reichen. Ich möchte jetzt einige von diesen Aktivitäten erwähnen.

1. Im Jahr 1992 hat die SL-Führung einer Aktion gestartet, bei der die Sudetendeutschen Briefe an die tschechischen Inhaber ihrer ehemaligen Häuser und Grundstücke absendeten und diese zurückverlangten. Diese Aktion hat im tschechischen Grenzgebiet große Befürchtungen, Unsicherheit, aber auch antideutsche Ressentiments geweckt.

2. Ab 1990 baut die SL in der Tschechischen Republik sog. Begegnungszentren auf, die sie dann für ihre Propagandatätigkeit und für die Unterstützung der Organisationen der tschechischen Bürger deutscher Nationalität benutzt. Diese Einrichtungen (heute ca. 15) sind von der Bundesregierung finanziert. Der ehemalige HJ-Führer im Protektorat Böhmen und Mähren und SS-Offizier Siegfried Zogmann meint, daß die Begegnungszentren den Tschechen zeigen sollen, wie sinnvoll die Zusammenarbeit mit Deutschland ist.

3. Die Organisationen der tschechischen Bürger deutscher Nationalität, die in der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien verbunden sind (z. B. Bund der Deutschen - Landsmannschaft Egerland oder Organisation der Deutschen in Westböhmen) befinden sich völlig unter dem Einfluß der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Die Amtsträger von diesen Organisationen nehmen bei höchsten Sitzungen der Landsmannschaft teil und drücken ihre Unterstützung ihrer Ziele aus.

4. Sehr große Aktivität entwickelt die SL bei der Renovierung und Einrichtung der deutschen Denkmäler in der Tschechischen Republik, weil „Pflege und Erhaltung zur Erinnerung an die deutsche Identität dienen soll“ (3). Da-

bei handelt es sich auch um die militärischen Friedhöfe aus dem zweiten Weltkrieg.

5. Von großer Bedeutung sind für die Sudetendeutsche Landsmannschaft die Euroregionen, die an der deutsch-tschechischen Grenze entstanden sind - vor allem die Euroregion Egerland, bei deren Gründung die Landsmannschaft Pate stand. Obwohl die linken tschechischen Politiker und Journalisten die Euroregionen als ein Mittel für die Einschränkung der tschechischen Souveränität betrachten, meinen die Sudetendeutschen, die Euroregionen seien „ein Prüfstein für den Ernst der Tschechen auf dem Weg nach Europa“. Die Präsidentin der Euroregion Egerland, Dr. Birgit Seelbinder (SPD-Oberbürgermeisterin in Marktredwitz) meint, daß das Projekt „dazu beitragen soll, in Bayern, Sachsen und Tschechien ein gleiches Bild der Geschichtsentwicklung zu ermöglichen. Darin würden auch die Anliegen der Heimatvertriebenen mit berücksichtigt.“ (4)

6. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft kann sich bei ihrer Tätigkeit auf eine tschechische Lobby im Parlament und auch auf viele einflußreiche tschechische Politiker und Organisationen stützen. Die erste tschechische Organisation, die die Unterstützung der Sudetendeutschen zum Ausdruck brachte, war die Panropaunion Böhmen und Mähren. In ihrer Erklärung von 1991 steht: „Die Erneuerung der tschechischen Gesellschaft und die Neuorientierung unseres Landes in Europa wird u. a. durch die bisher offene tschechisch-sudetendeutsche Frage belastet ... Zur teilweisen Wiedergutmachung des Unrechts auf unserer Seite wäre es notwendig, die unmenschlichen Dekrete des Präsidenten Benes für ungültig zu erklären, das Recht der Vertriebenen auf Heimat anzuerkennen und die Deutschen nicht von vornherein aus den Restitutionen auszuschließen.“ (5)

Ein großes Verständnis für sudetendeutsche Forderungen hat z. B. die rechte klerikale Christlich-Demokrati-

sche Partei (KDS). Es ist kein Zufall, daß diese Partei unlängst einen Kredit von 1 Million Kronen von der Bayerischen Landesbank bekommen hat – von der Bank, die Franz Neubauer steuert. Der stellvertretende Vorsitzende der KDS, Vaclav Benda, wirkt derzeit als Leiter des Amtes für die Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus (offizieller Bestandteil der Polizei!).

Ein Versuch, in der Tschechischen Republik eine politische Partei zu gründen, die ganz offen mit der Landsmannschaft zusammenarbeitet, ist 1993 gescheitert. Die sogenannte „Demokratische Partei Sudetenland“ war nämlich so reaktionär, daß es auch für die regierenden Kräfte unannehbar wurde.

Die Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft kalkuliert auch damit, daß ihre Forderungen durch die tschechische Eintrittskarte in die EU erledigt werden. Diese Kalkulation ist im Rahmen der Europastrategie des deutschen Imperialismus besonders erpresserisch. Kein anderer Staat in Europa muß hören wie die Tschechische Republik: „die Tschechische Republik will Mitglied der EU werden. Zwingende Voraussetzung für die Auffnahme aber muß sein, daß Prag die Dekrete offiziell als Unrecht anerkennt. Dies ist noch nicht geschehen. Die Vertreibung der Sudetendeutschen muß geächtet werden. Wer Völker durch Gesetze diskriminiert, gehört nicht in die EU. Der Schlüssel für die Lösung dieser Frage liegt daher in Brüssel.“ (6) (V. Grabert, Vorsitzende der Seliger-Gemeinde) Oder, wie die bayerische Tageszeitung „Frankenpost“ geschrieben hat: „Erst wenn Regierung und Parlament in Prag nachhaltig erfahren, daß für sie so lange kein Platz in der Europäischen Union und in der NATO frei ist, bis sie auf anerkannte Menschen- und Bürgerrechte schwören ... Was wollen die Tschechen in der Europäischen Union, wenn sie heute noch Herrn Benes Ausreibungs- und Enteignungsdekrete von 1945 gelten lassen, auch das Amnestiegesetz für Mörder? ... In Prag weiß Vaclav Klaus, daß die Eintrittskarte für Europa nicht ohne Helmut Kohl und Edmund Stoiber zu haben sein wird ...“ (7)

Quellen:

- (1) Deutschland und seine Nachbarn
Nr. 6/93, S. 3
- (2) Sudetendeutsche Zeitung, 18. 3. 1994
- (3) ebenda
- (4) Frankenpost, 25. 9. 1995
- (5) Panorama Deutschland Nr. 4/1991
- (6) Frankenpost, 4. 9. 1995
- (7) Frankenpost, 29. 9. 1995

Deutsches Kapital und die CR

Die Tschechische Republik ist eines der Hauptziele der deutschen ökonomischen Expansion. Die direkten Investitionen aus Deutschland erreichten Ende 1994 die Gesamtsumme von 1,113 Mrd. Dollars seit 1990 und stellen 36,2% von allen ausländischen Investitionen in der CR dar. Die BRD ist so an der ersten Stelle, dann folgen die USA (21,2%) und Frankreich (11,6%). Der Anteil der BRD an den Investitionen aus dem Ausland machte 1994 sogar 48,4% aus. Die Meinungsumfragen zeigen, daß vor allem die Anhänger der Rechten den Eintritt des deutschen Kapitals positiv schätzen (53 bis 75%), bei der Linken macht diese Quote nur 10% aus.

Wie ein Magnet wirkt auf die deutschen Unternehmer die Kombination aus qualifizierten technischen Fachkräften und Niedriglöhnen. Die CR gehört bekanntlich zu den Ländern mit dem niedrigsten Lohnniveau in Europa. Ende 1994 betrug der durchschnittliche Monatslohn in Ungarn 352 Dollar, in Polen 252 Dollar, aber in der CR nur 222

Dollar. Das Niveau des sog. Menschenkapitals bedeutet in der CR ein ständiger Anreiz für vor allem deutsche Unternehmer. Unter dem Motto „Hongkong vor den Haustür“ verlegen immer mehr deutsche Firmen ihre Produktion teilweise oder ganz in die CR und setzen auf reine Lohnfertigung. Dieser Trend ist ersichtlich vor allem in den tschechischen Grenzgebieten entlang der bayerischen Grenze. Es gibt sogar Landkreise (z. B. Tachov), in denen kann man fast nirgendwo mehr arbeiten als bei deutschen Arbeitgebern.

Die Bedingungen in solchen Betrieben sind oft sehr „sonderbar“. Inoffiziell sind hier die Gewerkschaften verboten, die Belegschaft muß deutschlernen und die Arbeiter beklagen sich oft, aber sehr leise, daß ihr Arbeitgeber sich verhält wie im Protektorat Böhmen und Mähren. Man kann erwarten, daß die deutschen Monopole ihren ökonomischen Einfluß in der CR auch politisch ausnutzen werden. Sie haben damit große Erfahrungen. Einer der engsten Mitarbeiter von Konrad Henlein, Dr. Walter Brand, der nach dem Krieg die Sudetendeutsche Landsmannschaft mitgegründet hat, sagte schon vor 60 Jahren, daß „... einmal ein Teilnehmer (eines Seminars) sich mit aller Leidenschaft dafür einsetzte, die sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich anzugliedern. Ich widersprach und ging zu einer Landkarte, die an der Wand hing, und machte über die Mährische Senke hinweg mit der Hand eine Bewegung, die ganz Böhmen und Mähren bis zu den kleinen Karpaten umfaßte, und sagte: „Es geht nicht um die Lostrennung der sudetendeutschen Gebiete. Es geht vielmehr um die Erhaltung des ganzen Raumes, aber nicht im Wege einer gewalttamen Okkupation, sondern durch politische und wirtschaftliche Einflußnahme, denn was sollen wir sonst mit den Tschechen machen? Sie müßten mehr oder weniger mit in den deutschen Einflußbereich einbezogen werden. Gelingt das, dann können sie keine Politik gegen uns machen und keineswegs mehr feindliche Außenposten gegen das Deutsche Reich sein.““ (1)

Und 60 Jahre später sagt Walter Stain, einer der höchsten Amtsträger der SL: „Ob bei der bisherigen Haltung der Prager Regierung hinsichtlich des 1945 geraubten sudetendeutschen Vermögens Investitionen klug sind, muß man den Investoren überlassen. Vielleicht gelingt es dem Kapital besser, die Haltung der Völker der CSFR zu ändern, als eine bisher eher erfolglose internationale Politik zwischen beiden Staaten?“ (2)

Quellen:

- (1) Brand, W.: Auf verlorenem Posten.
München 1985, S. 55
- (2) Informationen, Dokumente, Argumente
(Bund der Vertriebenen), Nr. 1-2/1992, S. 41

Die Hanns-Seidel-Stiftung in Prag

Es war im Jahr 1992, als die „Wirtschaftswoche“ (Nr. 26/92) einen Artikel veröffentlichte: „CSU stützt CSFR-Separatisten“. In diesem Artikel hieß es u. a.: „Das Wahlergebnis in der CSFR beschert der Bundesregierung schwerwiegende Probleme. Wesentlichen Anteil am Sieg der separatistischen ... Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) unter Vladimír Mečiar hat die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung in München. Unter Führung von Ex-Arbeitsminister Fritz Pirkel (Anm.: Er ist inzwischen gestorben) engagierte sich die Seidel-Stiftung massiv für die HZDS und baute in Prag ein Büro auf ... Diese Schwächung der CSFR, so werfen Bonner Experten der CSU vor, sei von dieser beabsichtigt gewesen, um Position und Ansprüche der Sudetendeut-

schen gegenüber Prag zu stärken ...“ Diese Information, die auch von der tschechischen Presse übernommen wurde, war damals die erste über die Tätigkeit der Hanns-Seidel-Stiftung (weiter HSS) in der Tschechoslowakei.

Obwohl die Tschechoslowakei nicht mehr existiert, treibt die HSS ihre bunte Tätigkeit sowohl in der Tschechischen als auch in der Slowakischen Republik weiter. In einem Dokument, das vom Prager HSS-Büro stammt (1993), steht u. a., daß „die Frage der Staatsform des Zusammenlebens der Tschechen und Slowaken die verantwortlichen HSS-Mitarbeiter in der Münchener Zentrale und auch am Ort immer als innere Angelegenheit beider Republiken betrachtet haben.“ (1) Gleichzeitig ist es aber zutreffend zu bemerken, daß schon Anfang Oktober 1992 (!) die HSS in Prag und Pilsen Seminare für Polizisten veranstaltet hat zum Thema „Mögliche Folgen des bevorstehenden Zerfalls der Tschechoslowakei für die politische und polizeiliche Situation“.

Eindeutig kann man sagen, daß die HSS in Prag konsequent die CSU-Interessen verteidigt und durchsetzt. Sie stützt die tschechischen Rechten, die die Lobby des deutschen Kapitals und der Sudetendeutschen darstellen. Über Absichten und Aktivitäten der HSS in der CR (aber auch in der Slowakei) kann man sich eine Vorstellung anhand der durchgeführten Veranstaltungen machen, die laut Dr. Erhard Zurawka, Leiter der HSS in Prag, „in Harmonie mit dem politischen Klima organisiert sind und die Verbesserung der politischen Launen verfolgen. In der CR bedeutet das konkret, gegen die Zurückhaltung und Vorurteile zu wirken, die alles Deutsche betreffen und – wegen der sudetendeutschen Frage – auch alles Bayerische“. (2)

Das Prager HSS-Büro existiert offiziell seit Juli 1991, aber tatsächlich schon ab November 1990. Im August 1991 wurde die HSS in Prag als eine „internationale Hilfsorganisation“ registriert. Alljährlich führt die HSS in der CR (und auch in der Slowakei) zahlreiche Aktivitäten durch. Als ein Beispiel kann man die Jahre 1991 bis 1992 nehmen (Parlamentswahlen, CSFR-Zerfall). Ab September 1991 bis Ende 1992 hat die HSS in der Tschechoslowakei fast 150 Veranstaltungen durchgeführt, die ca. 15.000 Teilnehmer hatten – vor allem rechte Politiker, Polizisten und streng ausgewählte Studenten. Es hat sich um verschiedene sogenannte „strategische Schulungen“ vor Parlamentswahlen, Klausurtagungen oder Fachseminare für Polizisten gehandelt.

Die HSS hat auch tschechische „Schwesterinstitutionen“ mitgegründet, mit denen sie sehr intensiv zusammenarbeiten. Es handelt sich vor allem um die „Vaclav Klaus-Stiftung“ bei der regierenden Bürgerlich-Demokratischen Partei (ODS), die „Europäische Akademie für Demokratie“ bei der Christlich-Demokratischen Union (KDU) und um das „Christlich-demokratische Institut“ bei der Christlich-demokratischen Partei (KDS).

Im September 1995 informierte die „Sudetendeutsche Zeitung“ über die Tätigkeit nicht nur der HSS; sondern auch der anderen deutschen politischen Stiftungen in Prag. In diesem Artikel steht u. a., daß Dr. Zurawka die Stiftungen als „Schulen der Demokratie“ (3) betrachtet.

Neben der HSS wirken in Prag auch die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung sowie die Heinrich-Böll-Stiftung. Laut Reinhard Stüdt, Leiter der KAS, (arbeiten) „die fünf Stiftungen in Prag gut zusammen ... Es sei ihre Aufgabe, Verständnis für die Demokratie zu erwecken und Vorbehalte gegen Politik abzubauen. Die Stiftun-

gen seien Instrumente der deutschen Außenpolitik und die Meinungsvielfalt innerhalb Deutschlands wirke somit auch nach außen.“ (4)

Quellen:

- (1) Strucny popis projektu (Stavke 30. 11. 1999)
- (2) ebenda
- (3) Sudetendeutsche Zeitung Nr. 36/1995
- (4) ebenda

Wem gehört die tschechische Presse?

Gleich nach dem November-Umbruch 1989 sind in die Tschechoslowakei d. Vertreter der verschiedensten, vor allem deutschen Zeitungsverlage geströmt, um die Möglichkeiten der Verbreitung ihres Einflusses zu prüfen. Es ist ein wirklicher „Krieg der Medien“, der inzwischen seine Sieger hat. In der ersten Reihe ist es die „Passauer Neue Presse“, die fast die gesamte tschechische Regionalpresse beherrscht. Dazu hat sie noch drei große farbige Zeitschriften und ein TV-Journal.

Während der Umsatz der Passauer Gesellschaft im Jahr 1988 ca. 80 Millionen DM betrug, so waren es 1994 schon – dank der osteuropäischen Märkte – 800 Millionen DM. Nun peilt der Verlag über Polen als „Verteilerzentrale“ die frühere Sowjetunion an. „Berechtigt!“ reagiert der Geschäftsführer Hirtreite auf den Verweis, daß deutsche Verlage in der Tschechischen Republik und in Polen Emotionen auslösten. „Bösartige Reaktionen bedauerte man, aber sie sei ein einkalkuliert und überraschter kaum ...“ (1)

Die totale Beherrschung der tschechischen Regionalpresse durch den Passauer Verlag schätzen auch die deutschen Medienexperten als einen „unzivilisierten Zustand“. Allgemein meint man, die Lage, daß ein ausländische Konzern die gesamte tschechische Regionalpresse beherrscht und damit ein Informationsmonopol hat, sei „einmalig in Europa und auch in der Welt“. (2) Man kann völlig mit der Behauptung übereinstimmen, daß das „Interesse des Auslandskapitals sich in politischen Schlüsselsituationen nicht mit Interessen des tschechischen Staates decken müssen“. (3)

Der bekannte tschechische Schriftsteller Ota Filip, der in Deutschland lebt, meint, der „Konzern aus Passau kauft die tschechische Presse nicht, um die Kultur zu verbreiten oder aus Sympathien ein, sondern um mittels seiner Reklameblätter den Markt zu beherrschen und zu kontrollieren“. (4)

Aufgrund immer stärkerer Kritik der Öffentlichkeit hat im Juni 1993 das tschechische Ministerium für ökonomischen Wettbewerb (das sog. Antimonopolamt) einen Versuch unternommen, die weitere Verbreitung der Passauer zu verhindern. Das Ministerium schlug damals vor, daß Verlagsinhaber nur tschechische Rechtspersonen sein dürfen. Resultat? Im August 1993 informierte z. B. die Bayerische Tageszeitung „Frankenpost“ (Anm.: Der „Frankenpost“-Verlag besitzt in der CR ca. 10 Regionalwochenblätter), daß „die tschechische Regierung ... im Kampf um Medienrechte nachgegeben (hat) und das Verfahren gegen die Passauer Neue Presse eingestellt ... Hätte sich das Ministerium durchgesetzt, wäre dies ein Dolchstoß gegen die Bemühungen, ausländisches Kapital in die tschechische Republik zu bekommen, gewesen, sagt Ministerpräsident Vaclav Klaus ...“ (5)

Quellen:

- (1) Die Brücke Nr. 4/1995
- (2) Informacni bulletin SN 7/1993
- (3) Cesky denik, 25. 6. 1993
- (4) Listy Nr. 1/1994
- (5) Frankenpost, 20. 8. 1993

Der Arbeitskreis Politische Berichte tagte

Tagung beschloß eine geänderte Aufgabenverteilung und Impressumsänderungen

Am 14. Oktober tagte in Köln der Arbeitskreis Politische Berichte. Er befaßte sich insbesondere mit der Arbeitsorganisation der herausgeberischen und redaktionellen Arbeit und der Herstellung der „Politischen Berichte“ sowie mit dem Zusammenwirken zwischen Autorinnen und Autoren.

Erschwerende Faktoren für Redaktion und Herausgabe der Zeitung unter den Bedingungen stets knapper werdender finanzieller Mittel – eine Entwicklung, die derzeit alle linken Publikationen betrifft – sind insbesondere:

- der wachsende Aufwand für inhaltliche Abstimmung zwischen Autorinnen und Autoren und der Redaktion, der unter anderem darin begründet liegt, daß mit der gesellschaftlichen Differenzierung auch die spontanen Erfahrungs-zusammenhänge „auseinandergehen“;
- der wachsende Aufwand für Materialbeschaffung und Vorbereitung sachlich fundierter Artikel, die nicht einfach die bürgerliche Medienpropaganda „abschöpfen“;
- die zunehmende Schwierigkeit, diesen Anforderungen an sozialistische Publizistik neben wachsendem Druck der Berufstätigkeit nachzukommen.

Konsens bestand im Arbeitskreis dahingehend, daß auf jeden Fall versucht werden soll, solange wie überhaupt die Bedingungen dazu bestehen, eine Zeitung mit zumindest 14-tägigem „Aktualitätsdruck“ herauszubringen.

Um dies weiterhin zu gewährleisten, sprach sich der Arbeitskreis für die folgenden Maßnahmen aus und wird diese einleiten:

- Unter Nutzung der technischen Möglichkeiten (Mail-Box, Layout- und Herstellungsverfahren etc.) erscheint es möglich, die Tätigkeit der Endredaktion und Endproduktion stärker zu ver-



binden und die Zeitung an den Verlagsorten Hamburg, Berlin, Köln, Stuttgart/München in kompletten Teilen fertigzustellen.

○ Druckort bleibt Berlin, Verlagsort bleibt Köln.

○ Der Arbeitskreis Politische Berichte muß stärker als bisher eine Einrichtung der politischen Abstimmung zwischen Autorinnen / Autoren und Redaktion/Herausgeberschaft und der langzeitan Projektierung werden.

Es ergaben sich einmal Veränderungen in der personellen Zusammensetzung des Kreises der schwerpunkt-mäßig in Redaktion und Herausgeberschaft Tätigen. Zum anderen verstän-

digten sich alle Beteiligten auf eine Veränderung der Aufgabenverteilung und personellen Zuständigkeiten zwischen dem Schwerpunkt redaktionelle und dem Schwerpunkt herausgeberische Tätigkeit. Zu den Aufgaben der Redakti-

onsarbeit wird in Zukunft insbesondere auch die Fertigstellung der Zeitung an den o. g. Verlagsorten gehören. Zu den herausgeberischen Aufgaben soll insbesondere die Organisation des Diskussionsprozesses über Zielsetzung und langfristige Projekte und die Abstimmung zwischen allen Beteiligten über den Arbeitskreis Politische Berichte gehören.

Abschließend billigte die Tagung eine Anhebung des Förderabos auf jährlich 130 DM.

Die nächste Tagung des Arbeitskreises soll im Zusammenhang mit der nächsten Bundeskonferenz BWK am 9./10. März 1996 stattfinden. Vorgeschnitten wurde, dort u. a. über die Behandlung von Fragen der Kritischen Theorie in der Zeitung zu beraten.

(chc, uhd)

TERMINI

3. - 5. 11.: Die „Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD (DIDF) e. V. führt in Köln im Jugendgästehaus, An der Schanz 14, ihren 10. Kongreß durch. Anmeldungen an: DIDF, Jägerstr. 77, 47166 Duisburg, Tel. 0203/553289, Fax: 0203/553804.

4. 11.: „Aufstehen gegen die Sozialleistungskürzungen“ Demonstration in Bonn, ab 11 Uhr Münsterplatz. Es rufen auf die BAGs der Sozialhilfeinitiativen, BAG gegen Erwerbslosigkeit und Armut, Koordinationsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen, Arbeitslosenverband Deutschland u. a.

6. - 8. 11.: Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. in Erfurt. Anmeldungen an: BAG Wohnungslosenhilfe, Postfach 130148, 33544 Bielefeld, Tel. 0521 / 1443613.

13. 11.: Ein überregionales Bündnis ruft zu einer Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis der berüchtigten „Saarlandbrigade“ der Bundeswehr auf. Treffpunkt: 16.30 Uhr, Marktplatz Wadern. Infos bei „Aktion 3. Welt Saar“, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim, Tel. 06872/6982.

14. / 17. 11.: SPD-Bundesparteitag in Mannheim.

17. - 19. 11.: „Geld ist genug da“. 3. sozialpolitischer Kongreß über Reichtum in Deutschland in Hamburg, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9.

18. 11.: Kurdistan-Solidaritätsgruppen, kurdische Organisationen und andere rufen zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Verbote kurdischer Organisationen in der BRD auf. Ort: Köln.

25. / 26. 11.: In Köln tagt der Herausgeberkreis der Antifaschistischen Nachrichten im Jugendgästehaus, An der Schanz 14, ab 13 Uhr. Prof. Martin Bennhold referiert über „Völkische Traditionen und Perspektiven in der deutschen Außenpolitik“, PDS-MdB Ulla Jelpke über „Revanchismus, Nationalismus“ und Aktivitäten gegen die Vertriebenenverbände. Anmeldungen an: GNN-Verlag, Köln.

24. / 26. 11.: Die „Kampagne gegen Rüstungsexport“ berät auf einem öffentlichen Seminar / Vernetzungstreffen im

Kinderschloß Ockstein in 61169 Friedberg-Ockstadt über ihre weiteren Aktivitäten gegen „Rüstungsexporte in den 90er Jahren“. Anmeldungen an das Büro der Kampagne, Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein.

25. 11.: 10. Journalistinnen- und Journalistentag der Fachgruppe Journalismus der IG Medien im „Haus der Kulturen der Welt“ in Berlin, Thema: „Hände weg von den Medien. Informationsfreiheit: Ein Grundrecht in Gefahr“. Anmeldungen bis spätestens 10. November an: IG Medien, Fachgruppe Journalismus, z. Hd. Marion Picard, PF 102451, 70020 Stuttgart.

1. / 3. 12.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Grüne, Bremen.

1996

4./7.1.: Die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung führt die Winterkurse der Linken Schule Schnepfenthal vom 4. bis 7. Januar 1996 durch (Donnerstag mittag bis Sonntag mittag). Wie immer finden drei Kurse statt, diesmal zu den Themen:

Philosophie: Religion und Staat, Glaube und Gewalt

Geschichte: Geschichte der Kommunalverfassungen

Wirtschaftspolitik/Gewerkschaftsbewegung: Kommunales Wirtschaften

Eine ausführlichere Ankündigung wird im demnächst erscheinenden ARGE-Rundbrief veröffentlicht.

Die Linke Schule findet wiederum in Schnepfenthal (Thüringen), Hotel Hermannstein statt. Anmeldung zu den Kursen für Interessierte aus den westlichen Bundesländern:

GNN Hamburg, Palmaille 24,

22767 Hamburg,

Tel. (0 40) 38 13 93, Fax (0 40) 3 89 83 31

27. / 28. 1.: 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS in Magdeburg.

1. / 3. 3.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen in Mainz.

10. März: Kommunalwahlen in Bayern.

24. März: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg.

Mai: Landtagswahl in Rheinland-Pfalz,

Oktober: Kommunalwahlen in Niedersachsen

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Aus Kultur und Wissenschaft: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wären mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:
Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin,
Tel. 030 / 6 94 92 57, Fax: 030 / 6 94 94 54.
Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg,
Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.
Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3 52 08 16.
Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln,
Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.
München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München,
Tel. 089 / 5 02 65 41, Fax: 089 / 5 02 81 12.
Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz,
Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93.
Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart,
Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- im Halbjahres- / Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo)
- Halb- / Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)
- Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr. /BLZ:

(Bankunterschrift)

Kalavrita, ein Mitglied der „Gemeinschaft der gemarterten Städte“

Von Rudolf Bürgel

Oktobe 1995

Die griechische Regierung fordert von der Bundesrepublik Deutschland Wiedergutmachungszahlungen in Höhe von 70 Milliarden Dollar für die Zerstörungen und Greuelaten, die die deutschen Besatzer in Griechenland im zweiten Weltkrieg angerichtet hatten.

Nach Kriegsende war Griechenland diese Wiedergutmachungszahlung zugesprochen worden. Die deutschen Untaten in Griechenland waren Gegenstand im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß. Doch irgendeine Form von Wiedergutmachungszahlungen für die deutschen Verbrechen auf Kreta, dem Peloponnes und dem Festland blieben aus. Heute haben sich auf dem Peloponnes Überlebende und Nachkommen zu Selbsthilfegemeinschaften zusammen geschlossen, die sich gerichtlich Entschädigungszahlungen von der Bundesrepublik erstreiten wollen.

12. Dezember 1943

Seit eineinhalb Jahren dauert der Terror deutscher Besatzertruppen auf dem Peloponnes an. Der erste Terrorakt war der Artillerie-Beschuß der Bergstadt Kalavrita am 29. August 1942 gewesen, ausgeführt von deutschen Truppen, die in Patras stationiert waren - heute Ziel und Ausgangspunkt der Fähren von und nach Griechenland. Diese Überfälle auf Kalavrita und die umliegenden Dörfer wiederholten sich ständig.

Die Gegend von Kalavrita war das Zentrum des griechischen Unabhängigkeitskampfes gegen die osmanische Besatzung 1821 und auch im zweiten Weltkrieg das Zentrum des Partisanenwiderstandes. Bei Kalavrita in dem drei Kilometer entfernten Ort Vysoka befand sich das Oberkommando der E. L. A. S., der Nationalen Befreiungsarmee Griechenlands, sowie der E. P. O. N., der Panhellenischen Jugendunion. Von hier gingen die Widerstandsaktionen der griechischen Partisanen gegen die deutsche Besatzung aus.

Im November hatten die Partisanen 81 deutsche Soldaten gefangen genommen. Sie wollten diese gegen 80 Parti-

sanen austauschen, die sich in deutscher Haft befanden. Das Oberkommando der LXVIII. Armee unter dem Befehlshaber General der Flieger Hellmuth Felmy lehnte einen Austausch ab und überzog die Region Kalavrita mit Terror, Mord und Zerstörung und ermordeten die gefangenen Partisanen. Als Reaktion darauf wurden die deutschen Soldaten erschossen.

Die deutsche Armeeführung begann daraufhin das „Unternehmen Kalavrita“: 28 Städte, Dörfer und Klöster wurden niedergebrannt und etwa 2.000 Menschen ermordet - über 1.200 am 13. Dezember 1943 in Kalavrita, die gesamte männliche Bevölkerung über 15 Jahre. Deutsche Armeesoldaten des 749. Jäger-Regiments unter dem Kommando des Offiziers Tenner aus Patras hatten die Bevölkerung von Kalavrita zusammengetrieben. Die Männer wurden auf die Bergkuppe oberhalb der Stadt getrieben. Dort wurden sie erschossen. Die Kinder und Frauen wurden in den Keller der Schule gepfercht, dann wurde die Stadt angesteckt. Frauen und Kinder konnten sich aus der brennenden Schule befreien. Ihren Männern, Söhnen und Vätern konnten sie nicht helfen.

Urlaub in Griechenland, kreuz und quer über den Peloponnes.

Nach einem Besuch von Olympia fuhren wir nach Kalavrita. Durch eine malerische Landschaft führt die Straße. Arm, karg und hart ist das Leben auf den kleinen Bergdörfern. Schaf- und Ziegenherden werden am Spätnachmittag von den Almen heimgetrieben. Auf Eseln wird der Ernteertrag des Tages in Körben von den Bauern in die Dörfer gebracht.

Zwischendurch Hinweise auf ein nahegelegenes Skigebiet, Touristenbusse stehen auf einem Parkplatz vor dem Eingang einer Grotte. Die Straße schraubt sich auf über 1000 m, dann beginnt die Abfahrt zu dem 750 m hoch gelegenen Luftkurort Kalavrita, Endpunkt einer Zahnradbahn durch die berühm-

te Vouraikos-Schlucht von Diakofto am Golf von Korinth kommend.

„Besucht Kalavrita, die gemarterte Stadt Griechenlands,“ hatten uns deutsche und griechische Freunde geraten. Nach einer Bergkuppe sehen wir Kalavrita unter uns liegen. Noch eine Kurve und wir stehen vor dem Mahnmal, das an die Ermordung der männlichen Bevölkerung Kalavritas am 13. Dezember 1942 durch die deutsche Armee erinnert. Ein hohes Kreuz und Gedenksteine ragen aus einem Zypressenhain hervor. Die Inschriften auf den Gedenksteinen enthalten die Namen aller Ermordeten und ihr Alter. Ein älterer Herr kommt auf uns zu und fragt nach unserer Nationalität. Kurze Zeit schallt die Geschichte Kalavritas aus einem Lautsprecher auf deutsch. Er ist der Bürgermeister von Kalavrita, einer der 13 Überlebenden des Massakers. Er wurde nicht von dem Kugelhagel getroffen und überlebte unter dem Leichenberg. Er vertrat die Klage Kalavritas in Nürnberg. Wiedergutmachung oder ein Wort der Abbitte irgendwelcher deutscher Stellen hat Kalavrita bis heute nicht erreicht.

Während der Stunde, die wir an dem Mahnmal verbringen, kommen Busse

mit griechischen Schulklassen und Reisegesellschaften. Sie verweilen alle ein Zeitlang und besuchen die kleine Gedenkkirche. Im Reiseprogramm deutscher Veranstalter findet sich dieser Ort nicht wieder.

Gespenstisch kommt einem das Leben in der Stadt vor. Vor den Cafes an der Straße sitzen keine alten Männer wie in jedem anderen griechischen Jugendliche und alte Frauen bestimmen das Straßenbild. In den Läden werden sich alte Frauen ab wenn sie bemerken, daß wir Deutsche sind. Tief sind das Leid und die Bitternis, die der deutsche Herrschaftsanspruch über diesen Ort gebracht hat. Es gibt fast keine Familie in Kalavrita, die nicht mindestens ein Mitglied am 13. Dezember 1942 verlor. Auch eine Spende der deutschen Kirchen für den Wiederaufbau der Stadtkirche kann daran nichts ändern. Die eine Uhr der Stadtkirche steht auf 2.34 Uhr. Das war die Uhrzeit, als Kalavrita zu brennen begann.

Gegenüber vom Bahnhof befindet sich ein Wandgemälde mit der Aufschrift: „Kalavrita, Mitglied der Gemeinschaft der gemarterten Städte.“ Quellenhinweis: Dimitris Kaldiris, *The Drama of Kalavryta, Athens 1989*



Gedenkstein am Mahnmal für die Ermordeten von Kalavrita



11. Dezember 1943 Peloponnes:
Unternehmen „Kalavryta“: Als Sühnemaßnahme für die 78 ermordeten Soldaten des 5. Jäg. Rgt. 749 bisher 9 Dörfer im Raum Kalavryta zerstört und 142 Angehörige der männlichen Dorfbevölkerung erschossen ...

26. November 1943 Peloponnes:
Als Sühnemaßnahme für den Bandenüberfall 32 km südl. Tripolis (25. November) werden 100 Kommunisten aus Tripolis am Tatort erschossen ...

28. November 1943 Peloponnes:
In Alt-Korinth führt verstärkte Nachr. - Abt. 117 ein Säuberungsunternehmen durch, bei dem 67 Geiseln festgenommen, Waffen und Prop.-Material sichergestellt werden ...

4. Dezember 1943 Peloponnes:
In Aigion als Sühnemaßnahme für LKW-Überfall am 2. Dezember 50 Geiseln erschossen.

5. Dezember 1943 Peloponnes:
Als Sühnemaßnahme für Überfall am 1. Dezember 50 Geiseln am Bahnhof Addritsa aufgehängt... Als Sühnemaßnahme für Bandenüberfall am 3. Dezember westl. Gythion 25 Geiseln in Gythion erschossen ...

13. Dezember 1943 Peloponnes:

Im Zuge weiterer Sühnemaßnahmen Kalavryta völlig zerstört, 3 weitere Ortschaften niedergebrannt und 511 männliche Einwohner erschossen ...

14. Dezember 1943 Peloponnes:
In Fortführung der Sühnemaßnahmen im Raum Kalavryta Mazeika und 2 Klöster zerstört. Die Kampfgruppen befinden sich auf dem Rückmarsch in die Standorte. Insgesamt wurden im Verlauf der Sühnemaßnahmen 24 Dörfer und 3 Klöster zerstört, 696 Geiseln erschossen ...

Quelle:
Wolfgang Schumann (Hrsg.)
Griff nach Südosteuropa, Neue Dokumente, Berlin (DDR) 1973, S. 235ff